

Wortprotokoll

der öffentlichen Sitzung
des Schulausschusses

Sitzungsdatum: 30. Oktober 2014
Sitzungsort: Hamburg, in Bucerius-Kunst-Forum, Ian Karan Auditorium
Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 20:05 Uhr
Vorsitz: Abg. Robert Heinemann (i.V.) (CDU)
Schriftführung: Abg. Lars Holster (SPD)
Sachbearbeitung: Sabine Dinse

Tagesordnung:

1. Drs. 20/11526 Bilanz starke Stadtteilschule, Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 13. Dezember 2012 (Drucksache 20/6158)
(Bericht Senat)
zusammen mit
Innere und äußere Differenzierung. Erfolgreiche Unterrichtskonzepte in der Mittelstufe
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)
hier: Öffentliche Anhörung

2. Drs. 20/11526 Bilanz starke Stadtteilschule, Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 13. Dezember 2012 (Drucksache 20/6158)
(Bericht Senat)
zusammen mit:

Innere und äußere Differenzierung. Erfolgreiche Unterrichtskonzepte in der Mittelstufe
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)
hier: Auswertung der Öffentlichen Anhörung / Senatsbefragung

3. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Dr. Stefanie von Berg (GRÜNE)
Abg. Matthias Czech (SPD)
Abg. Jan-Hinrich Fock (SPD)
Abg. Ulrike Hanneken-Deckert (SPD)
Abg. Robert Heinemann (CDU)
Abg. Lars Holster (SPD)
Abg. Hildegard Jürgens (SPD)
Abg. Gerhard Lein (SPD)
Abg. Wolfhard Ploog (CDU)
Abg. Karin Prien (CDU)
Abg. Hansjörg Schmitt i.V. (SPD)
Abg. Dr. Walter Scheuerl (fraktionslos)
Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels (FDP)

II. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Schule und Berufsbildung

Herr	Senator	Ties Rabe
Herr	Staatsrat	Dr. Michael Voges
Herr	Landesschulrat	Norbert Rosenboom
Frau	Ltd. Oberschulrätin	Elisabeth Rüssmann
Herr	Wiss. Ang.	Uwe Gaul
Herr	Oberschulrat	Thorsten Altenburg-Hack
Herr	Oberschulrat	Dr. Uwe Heinrichs
Herr	Ltd. Oberschulrat	Norbert Maritzen
Frau	Wiss. Ang.	Susanne Junge

III. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Sabine Dinse

IV. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

70 Personen

Zu TOP 01 (als Wortprotokoll)

Vorsitzender: Meine Damen und Herren, dann begrüße ich Sie ganz herzlich zur heutigen Sitzung des Schulausschusses. Sie sehen, das ist wahre Demokratie: Senatoren stehen genauso im Stau wie alle anderen. Von daher freue ich mich, dass wir jetzt hier alle gemeinsam zusammen sind. Ich freue mich, dass auch so viele von Ihnen da sind und heute etwas zu unserer öffentlichen Anhörung beitragen wollen. Für den Senat sind heute anwesend für die Schulbehörde Senator Ties Rabe, den ich ganz herzlich begrüße, Staatsrat Dr. Voges, Landesschulrat Norbert Rosenboom sowie Frau Rüssmann, Herr Gaul, Herr Altenburg-Hack, Herr Dr. Heinrichs, Herr Maritzen und Frau Junge. Wir machen das heute so, dass wir zunächst einmal Ihnen das Wort geben, das heißt, Ihre Erfahrungen, Ihre

Anmerkungen, Ihre Aussagen zu unserem Tagesordnungspunkt "Bilanz starke Stadtteilschule" zusammen mit dem Thema "Innere und äußere Differenzierung. Erfolgreiche Unterrichtskonzepte in der Mittelstufe". Dazu haben Sie das Wort. Wie eben gerade schon erläutert, benötige ich dafür von Ihnen diesen Zettel, den Sie bitte entsprechend ausfüllen, und dann können Sie, so lange, wie Sie möchten – wobei ich immer darum bitte, sich auf die wesentlichen Punkte zu konzentrieren –, hier entsprechend dann Stellung nehmen. Wir haben schon Einvernehmen erzielt, Frau Dinse, dass wir ein Wortprotokoll erstellen, sodass auch auf jeden Fall alle Ihre Aussagen entsprechend protokolliert werden. Und wenn wir dann die Anhörung abgeschlossen haben – das wird dann sein, wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt –, dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 2, wo wir dann gemeinsam mit dem Senat Ihre Stellungnahmen auswerten.

Ja, wenn es keine weiteren Anmerkungen dazu gibt, dann können wir auch gleich in die öffentliche Anhörung einsteigen. Die erste Wortmeldung, die mir vorliegt, ist von Nicole Kloppenburg.

Frau Kloppenburg: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen an den Schulen und an der BSB, sehr geehrte Bürgerschaftsabgeordnete, sehr geehrter Herr Senator Rabe! Ich nehme nun zu den Punkten Inklusion und individuelles Lernen, Fördern statt Wiederholen, Unterricht an der Grundschule in Bezug auf die Wichtigkeit für die Weiterarbeit an unseren Stadtteilschulen, insbesondere am Anfangsunterricht des Fachs Deutsch skizziert, der Vorstellung möglicher Wege zur Verbesserung an unseren Schulen, das schließt auch den Unterpunkt des LI mit ein, und dem Fazit, was benötigen wir Lehrkräfte an Stadtteilschulen, als Sekundarstufenlehrerin der Stadtteilschule Rissen mit den drei studierten Fächern Musik, Germanistik, evangelische Theologie und dem Zusatzstudium Komposition und Dirigieren Stellung. Wobei ich nicht nur die Stadtteilschule Rissen als Einzelschule betrachten werde unter den 58 noch weiteren Stadtteilschulen, sondern das Gesamtkonstrukt Schule in Hamburg unter besonderer Schwerpunktsetzung der hier zum Thema kommenden Bilanzierung unserer Stadtteilschulen. Meine genannten Punkte konkretisiere ich an Beispielen erlebter Schulrealität.

Ich beginne mit einigen Vorbemerkungen. Die KESS 13 Studie, die in ihrer Langfassung erstaunlicherweise erst am heutigen Tag vorlag – Ihnen wahrscheinlich schon gestern –, weist auf eklatante Leistungsrückstände insbesondere in der Mittelstufe hin. Ich stelle zunächst für alle heraus, dass diese Studie sich auf den auslaufenden Gesamtschuljahrgang bezieht und nicht auf unsere Stadtteilschulen. Die gern gemachte 1:1-Übertragung auf unsere Stadtteilschulen ist daher faktisch falsch, auch wenn Gegner – unter ihnen einer aus den Reihen der heute anwesenden Bürgerschaft – unsere noch junge Stadtteilschule, die eigentlich nichts so sehr wie die Zeit zur Entwicklung benötigt und deren Start unter bildungspolitischen Gesichtspunkten nicht hätte misslicher sein können, das anders beurteilt wissen wollen und entsprechend für sich zu gewichten wissen. Dadurch aber erscheinen zum Leidwesen aller unsere Stadtteilschulen in einem ihnen nicht angemessenen Licht. Es handelt sich um die Auslegungen im Kontext der KESS 13 Studie, die durchaus Gefahr läuft, in einem für die gesamte Stadt fatalen Stadtteilschulen-Bashing zu enden, und die vor allen Dingen erstens wenig hilfreich sind und Eltern verunsichern, und die zweitens, zumindest aus meiner Sicht, eigentlich keiner äußern sollte, der an tatsächlicher Bildung aller unserer Kinder interessiert ist. Derjenige, der vor allem das Gelingen der Schulen in den Vordergrund stellt, statt sich mit dem Misslingen zu beschäftigen, tut dieses in der Regel nicht. Wir Stadtteilschullehrkräfte und sicherlich natürlich die Stadtteilschulleitungen, natürlich eingeschlossen alle weiteren pädagogischen Kräfte, leisten angesichts der großen Herausforderungen und Anforderungen, vor die wir gestellt werden, wie ich finde, bislang ausgezeichnete Arbeit. Und dieses lassen wir uns auch von niemandem zerreden, auch wenn es, zugegeben, anstrengend ist, immer zu hören, wie schlechte und unqualifizierte Arbeit wir angeblich leisten – dieses ohne jedoch den Rahmen oder die Lernvoraussetzungen, mit denen unsere Schüler an die Stadtteilschule kommen, näher zu betrachten. Insofern spiele ich an dieser Stelle das Spiel, Äpfel mit Birnen vergleichen zu

wollen, nicht mit, geschweige, dass ich mich an diesem aufhalte, insbesondere im Hinblick auf die Abiturleistungen unserer Stadtteilschüler. Wir prüfen zentral und verschenken entgegen gern gemachter Behauptungen, Vermutungen oder Befürchtungen daher keine Abiturzeugnisse. Dass der Lernzuwachs immens ist in der Oberstufe, ist vor dem Hintergrund der Tatsache des Vergebens aller Abschlüsse an unseren Stadtteilschulen nicht verwunderlich, und dass der Lernweg in der Mittelstufe darüber hinaus ein anderer sein muss, um eben allen Abschlüssen gerecht werden zu können, auch nicht. Mit diesem anderen Weg in der Mittelstufe beschäftige ich mich an anderer Stelle noch ein wenig mehr. Ihre Vorschläge, wie der jüngst erschienenen Pressemitteilung zu entnehmen sind, sind vom Grundgedanken her richtig, werden aber in der Umsetzung nicht konkretisiert, sondern vage gehalten, dieses insbesondere vermutlich vor der eklatanten finanziellen Lage des Haushalts in Bezug auf den Bildungsbereich.

Bevor ich die eingangs aufgezählten Punkte nun näher ausführe, wage ich noch eine weitere, ganz persönliche Vorbemerkung. Als eine der Initiatorinnen unserer Gruppe "Schulfrieden wahren. Keine neuen Reformen", die sich, wie inzwischen bei einigen bekannt sein dürfte, maßbeglich für den Erhalt unseres Zwei-Säulen-Modells einsetzt, insbesondere in den letzten Monaten, um den Volksentscheid bezüglich der Einführung eines in der laut Vorlagentext von der G9-Ini geforderten Form eines aus unserer Sicht sinnfreien G9 an Hamburgs Gymnasien abzuwenden, haben wir uns dafür stark gemacht, und entsprechend unserer Stellungnahme werden wir uns auch weiter stark machen. Deshalb wundert es mich doch sehr, durch eine Schriftliche Kleine Anfrage zufällig erfahren zu haben, dass es keine einzige Arbeitsgruppe in der BSB oder Ähnliches gibt für die Entwicklung, Weiterentwicklung, Optimierung und den Erhalt unserer doch sehr jungen Stadtteilschulform, sondern gegenteilig, wie bei Schalthoff am Dienstag zu hören war, das Grundsatzreferat zur Weiterentwicklung sogar abgeschafft worden ist. Das ärgert mich, auch unter Berücksichtigung dessen, dass Ärger ein schlechter Ratgeber ist. Diese mehr als notwendige Einrichtung, die der wichtigen Dokumentation dient und damit auch dienlich ist, es besser zu machen, lediglich als weiteren Papiertiger der BSB zu bezeichnen, halte ich für unangemessen. Mal abgesehen davon empfinde ich die Bezeichnung für die in Ihrer Behörde tätigen und sicherlich teilweise auch stark belasteten Kolleginnen als wenig salutogen. Ich habe daher, im Übrigen auch vor der Schalthoff-Sendung kurzerhand entschlossen, meine eigene, wenn auch vielleicht kleine, aber feine – das wird sich noch herausstellen – Arbeitsgruppe zu gründen, die sich mit der Weiterentwicklung unserer Stadtteilschulen beschäftigt. Ich bin überzeugt davon, dass wir im wertschätzenden Miteinander einschätzen können, was wir bedürfen, um mit unseren Schülerinnen und Schülern übrigens noch erfolgreicher zu werden. Diejenigen, die brennen, können andere anstecken, mitnehmen und begeistern, und dieses, gepaart mit einer guten Portion an Humor und einer geballten Ladung Wissen, trägt meines Erachtens zum Gelingen bei.

Zum Punkt Inklusion und individuelles Lernen. Dass die Inklusion auf dem Rücken von uns Stadteilschullehrkräften, Eltern und vor allem unserer Schülerinnen und Schüler ausgetragen wird, ist inzwischen bekannt. Auch die mit der Inklusion einhergehenden Fehler sind hinreichend bekannt und diskutiert worden, auch wenn sicherlich hier noch lange nicht das letzte Wort gesprochen ist. Übereinstimme ich mit Ihnen, dass Inklusion nicht nur eine Frage der Ressourcen sein kann. Ich liebe Inklusion und halte viel von individuellem Lernen in seiner ursprünglichen Form. Daraus jedoch Dogmen zu entwickeln, die ideologischer nicht sein können, halte ich für gefährlich. Schulisch künstlich konzipierte Wolkenkuckucksheime bringen uns nicht weiter, im Gegenteil. Schlimm ist es, dass mit dem reformpädagogischen Handeln – also mit diesem neu ausgelegtem, nicht dem in der ursprünglichen, guten Form – keine Konzepte mehr vertreten werden, sondern lediglich Ideologien, deren Versprechen keiner einlösen oder einhalten kann. Das ist aber genau das, was wir nicht brauchen. Wir brauchen Konzepte, die standhaft bleiben vor allen möglichen pädagogischen Säuen, die durchs Dorf getrieben werden – entschuldigen Sie mir meine Ausdrucksweise –, ohne jedoch auch Gefahr zu laufen, dass diese klar definierten und umrissenen Konzepte dann doch starr gehalten werden. Die neu definierte Spielpädagogik, die allseits überall gelehrt wird, ist

Intellekt beleidigend, erst recht, aus meiner Sicht, segregierend, weil sie billigend in Kauf nimmt, dass Menschen auf der Strecke bleiben. Und falls das das erklärte Ziel – so muss ich es ja vermuten – sein soll, muss ich umsatteln, dann niemand kann mich davon abhalten, meinen Schülerinnen und Schülern etwas beizubringen. Ich möchte nochmals betonen, dass ich für das individuelle Lernen in seinem Ursprung bin, dieses jedoch darf erstens nicht als isolierte pädagogische Maßnahme betrachtet werden und ist somit kein Allheilmittel, zweitens setzt echter individueller Unterricht voraus, dass man im Team diesen aufbereitet und nicht eine Lehrkraft alleine 25 Schüler und mehr unterrichtet, schon gar nicht in Zeiten der Inklusion. Will ich wirklich individuellen und inklusiven Unterricht gestalten – und das will ich in der Regel, und ich nehme an, meine ganzen anwesenden Kolleginnen und Kollegen auch –, muss ich entsprechend Zeit haben zur Aufarbeitung unterschiedlicher Materialien auf unterschiedlichen Niveaus. Ich kann nicht fünf Stunden – das ist jetzt ein Beispiel – an der Vorbereitung nur zweier Deutschstunden sitzen, mit dem Wissen, dass ich noch 26 weitere Stunden vorzubereiten habe. Individuelles Lernen heißt nicht, die Kinder alleine zu lassen mit den Materialien. Wenn ich begleite, dann professionell und vor allen Dingen hoffentlich auch mit Wissen ausgestattet, um den Kindern helfen zu können. Ansonsten passiert genau das, was passieren muss und was auch jetzt schon passiert: Unsere schwächeren Schülerinnen und Schüler bleiben schlichtweg auf der Strecke. Die zu inkludierenden Schüler werden erfolgreich in Zeiten der Inklusion bei den unzureichenden Ressourcen exkludiert oder irgendwie beschult. Und genau um diese "Irgendwie-Beschulung" geht es nämlich; die halte ich für völlig unzureichend. Daraus folgt, dass individuelles Lernen oder Inklusion nicht zum Nulltarif zu haben ist und hinreichend Ressourcen benötigen. Und diese Form, und das halte ich für entschieden wichtig, darf nicht ausschließlich auf dem Engagement, dem Idealismus und der Bereitschaft zur Mehrarbeit von uns Lehrkräften begründet werden, denn letztere sind auch nur Menschen und keine Maschinen.

Die Ihrige Vorstellung, Herr Senator Rabe, am Montagabend dieser Woche bei einer Veranstaltung des Vereins Leben mit Behinderung, ließ mich bezüglich Ihrer Äußerungen erschüttern. Das deshalb, weil Sie damit das Zusammenbrechen eines ausgezeichneten Bildungshauses, welches eine Vorreiterrolle in Bezug auf Inklusion in Hamburgs Westen in Zusammenarbeit zwischen einer Kita und einer Grundschule einnimmt und welches mehrfach ausgezeichnet wurde, billigend in Kauf nehmen mit den Worten, dass alle – ich zitiere – nun gleich wenig Ressourcen – Zitatende – erhalten sollen, auch jene Schulen, die vergessen hatten, Ressourcen zu beantragen. Andersherum wird eher ein Schuh daraus. Bei der Ressourcenzuteilung, das aber nur als Nebenbei-Anmerkung, wurde die Stadtteilschule Rissen schlichtweg vergessen mit ganz vielen Kindern – das muss man sich mal überlegen –, sodass wir dann ein Jahr große Schwierigkeiten hatten, unsere sich noch im Aufbau befindende Stadtteilschule gut zu versorgen, beziehungsweise unsere Schüler. Sie stießen am Montagabend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor den Kopf, indem Sie ihnen selbst die Schuld gaben am Dilemma, und begründeten dieses vor dem Hintergrund des Weckens falscher Begehrlichkeiten bei den Eltern, die ihre Kinder an diesem Standort gut beschult wissen. Die Leitung sowohl der Grundschule als auch des Bildungshauses wiesen mehrfach darauf hin, dass sie Kinder an ihrem Standort beschulen, die im Übrigen, und das finde ich ganz besonders tragisch, sogar von Förderschulen abgewiesen werden mit der Aussage, dass sie ihnen zu schwierig seien. Das muss man sich einmal genauer anhören: Förderschulen weisen Kinder zurück, die geistig und körperlich behindert sind, und erwarten, dass diese in der Regelbeschulung beschult werden, bei den unzureichenden Ressourcen. Zu diesem Vorfall kann sicherlich die Leiterin des Bildungshauses, die Ihnen gut bekannt sein dürfte, näher aussagen. Das sind für mich Kennzeichen, die darauf hindeuten, dass sich Hamburg von der anfänglich beschriebenen Vorreiterrolle in Bezug auf die Inklusion, die in der erlebten Schulrealität ja so nicht unbedingt sich so zeigt, zurückentwickelt.

Zum Thema Inklusion ist sicherlich noch weitaus mehr zu sagen, auch abendfüllend. Als Beispiel füge ich noch das aus meiner Klasse an. Meiner Klasse stehen mindestens sieben sonderpädagogische Stunden zu. Das hat mit einem Schüler zu tun. Ich nehme jetzt nicht die weiteren Schüler, die dem Förderstatus Sprache und Lernen zugeordnet sind; die

berücksichtige ich gar nicht, weil die schon in den systemischen Ressourcen verschwinden. In der Realität habe ich zwei Stunden für den Schüler. Was nicht an der mangelnden Planung der Schulleitung liegt, sondern daran, dass in allen unseren Klassen am Standort Rissen unsere Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarfen beschult werden und der Ist- und Soll-Vergleich nicht größer sein kann. Hier zeigt sich eben das besondere Problem der systemabhängigen Ressourcen, die an den KESS-Faktor gebunden sind. Und da wir einen sehr hohen Kess-Faktor haben, dürften wir die Schüler, von denen ich berichte, gar nicht haben, was aber nicht stimmt. Da fällt mir auch ein: Vielleicht ist auch mit systemorientierten Ressourcen, mit der Umverteilung dessen, gemeint, dass man jetzt auch anfängt, nicht nur die Ressourcen umzuverteilen, sondern auch gleich mit ihnen die Stadtteilschüler selber. Denn anders kann ich es mir nicht erklären, dass auf einmal an unserem Standort Rissen Stadtteilschüler – unsere Schule hat fast 50 Zuweisungen erhalten für dieses Schuljahr –, dass an unserem Standort auf einmal Schülerinnen und Schüler auftauchen, die ich zuvor drei Jahre oder zwei Jahre an der Stadtteilschule Geschwister-Scholl am Osdorfer Born unterrichtet habe und die jetzt schon dreimal strafversetzt worden sind. Ich denke, das ist die falsche Maßnahme, mit den Schülern so umzugehen.

Ich komme zum Punkt Fördern statt Wiederholen. Das "Fördern statt Wiederholen"-Konzept, das in seinem Ursprung bestimmt sehr gut gedacht ist, aber wenig gut umgesetzt wurde, kann in seiner jetzigen bestehenden Form keineswegs so bestehen bleiben. Dagegen sprechen folgende Gründe: Das Konzept leistet dem Nichtstun Vorschub. Unsere Schüler lernen, dass sie nichts leisten müssen, und kommen mit der Einstellung auch noch in den nächsthöheren Jahrgang. Schüler, die in mehreren Fächern Förderbedarf haben und die entsprechend ihre Noten dort verbessern müssen, nutzen die Chance kaum – ich spreche hier auch insbesondere von den sehr auffälligen Schülerinnen und Schülern. Das heißt, sie lernen: Wir kommen weiter, ohne etwas zu tun. Ich finde, lernen muss sich aber auch lohnen, und das muss man den Schülern auch vermitteln können. Ein solches Konzept erschwert unsere Anstrengungen massiv, die Schüler ins Lernen zu bringen oder zu motivieren. Und zugegebenermaßen, wir waren doch alle mal in der Pubertät, weder Siebt- noch Achtklässler denken unbedingt an ihre Ausbildung oder an die weitere Schullaufbahn.

Dann kommt noch eine Schwierigkeit hinzu, die muss ich eben noch dazu sagen dürfen: In dem Förderkonzept "Fördern statt Wiederholen" messen wir auch mit zweierlei Maß. Und zwar wir müssen die Schulen nicht nur in einem Nebenher betrachten, sondern in einem Zueinander. Wenn Sie fördern wollen, dann fördern Sie, ich möchte das für alle noch mal deutlich machen, die Gymnasialschüler ab der Note E5, die Stadtteilschüler ab der Note G5. Das sind zwei völlig unterschiedliche Noten. Das heißt, die Förderung unserer Stadtteilschüler fängt erst an – ich rechne das jetzt mal um –, wenn die Schüler die fiktive Note 8 am Gymnasium hätten. Dann fängt erst unsere Förderung für unsere Stadtteilschüler an. Das kann nicht richtig sein. Ich bitte also, den Zeitpunkt der Förderung zu überdenken.

Einen Punkt möchte ich noch erwähnen. Und zwar, wenn wir jetzt auf die Grundschulen schauen – es ist immer ganz wichtig, dass wir die Schulen in einem Zueinander in den Blick nehmen –, dann fällt auf, dass die Grundschuldidaktik diametral zu den Anforderungen der Didaktik im weiterführenden Bereich ganz oft steht. Das ist gar nicht böse gemeint oder schlimm gemeint, es ist aber so. Insbesondere sind hier die schlechter werdenden Rechtschreibleistungen zu nennen. Schülerinnen und Schüler der Stadtteilschulen kommen mit eklatant schlechten Rechtschreibleistungen in unseren Schulen an und wir beginnen in Klasse 1, wenn wir in Klasse 5 oder 6 sind. Die neuen Klassen 5, da sind Schülerinnen und Schüler bei, die gar nicht mehr lesen beziehungsweise schreiben können oder nur noch rudimentär, und wir beginnen in Klasse 5 und 6 mit dem Unterrichtsmaterial für Klasse 1. Hier meine Empfehlung, doch bitte dafür Sorge zu tragen, dass vor allen Dingen das alphabetische Prinzip wieder mehr Einzug erhält, damit die Schülerinnen und Schüler zumindest das Stammprinzip hinreichend erlernen und nicht auf der phonologischen Ebene "schreib, wie du sprichst" verharren. So kommen sie an unseren Schulen vielfach an, zumindest ist das an unserem Standort so. Da müsste wirklich was geschehen. Da könnte

ich noch ganz viel ausführen zur Druck- und Schreibschrift, das lasse ich jetzt. Da gibt es sicherlich viele weitere Punkte, die dafür verantwortlich sind. Bitte erkundigen Sie sich doch bei Ihren Sprachlernkoordinatoren am Hochrad Gymnasium oder auch an andern Gymnasien und fragen Sie dort einmal nach, wie es mit der Rechtschreibung in den neuen Jahrgängen 5 aussieht; ich denke, es werden die Augen geöffnet werden.

Ja, das einmal nur dazu. Wenn wir am Anfang darüber gesprochen haben, dass ich glaube, dass es nicht nur ressourcenabhängig ist, die Inklusion, sondern auch von uns abhängt, gibt es aus meiner Sicht nur zwei Möglichkeiten, Schulen besser zu machen. Mag überraschend klingen, aber die eine Möglichkeit ist die: Sie stellen bessere Lehrer ein. Oder die zweite: Sie versuchen, die vorhandenen besser zu machen. Nicht erst nach der Hattie-Studie wissen wir, worauf es eigentlich ankommt, nämlich auf uns Lehrkräfte. Das heißt, so ganz unwichtig sind wir doch nicht. Also wir können die Kinder nicht alleine lassen, und nicht nur die äußere Differenzierung ist entscheidend für den Lernerfolg unserer Schüler, sondern das Einbringen unserer gesamten Persönlichkeit. Denn, wie ich schon sagte, wer nicht begeistert ist, der kann das auch nicht rüber tragen. Sie können noch so viele Programme initiieren, es kommt auf die Menschen an, die eben entsprechend für guten Unterricht sorgen sollen. Denn, ich bin davon überzeugt, gute Lehrkräfte wissen, dass Verhaltensweisen und Emotionen nahe beieinander liegen. Gute Lehrkräfte machen sich für den eigenen Unterricht verantwortlich und nicht äußere Faktoren, und sie versuchen, ständig ihren Unterricht zu optimieren, um mal einige Merkmale zu nennen. Dazu bedarf das LI einer dringenden Reform. Es gibt sicherlich sehr viele gute Fortbildungen, aber auch einige weniger gute Fortbildungen, die sehr breit gefächert sind und uns einzelnen Lehrkräften nicht unbedingt helfen. Dazu möchte ich nur sagen: Ich rate dazu, die tollen Abrufangebote, die es hier und da schon gibt am LI, dass man die intensiviert und dafür Sorge trägt, dass diejenigen aus dem LI an unsere Schulen kommen und dort vor Ort helfen und nicht reformorientierte Fortbildungen geben. Das wäre mir wichtiger. Das ist das, was wir brauchen. Wir brauchen keine Fortbildungen, die uns sagen, wir müssten mehr mit unseren Schülern wieder spielen, auf die Frage hin, wie man der Inklusion begegnen könne. Das ist relativ ineffektiv. Das sind die Dinge, die wir im Grunde genommen dringend benötigen.

Wenn ich jetzt noch ein letztes äußern kann, und zwar las ich auf Facebook, dass einige sich über ihre Listenplätze ... oder Witze machten bezüglich irgendwelcher Listenplätzen, wer auf welchen Listenplätzen in Bezug auf die nächste Bürgerschaftswahl im Februar 2015 gesetzt ist, und Vermutungen wurden angestellt, warum wer auf welcher Liste ist und warum nicht. Das war ein ganz nettes Politikgeplänkel. Aber bleibe ich in der politischen Sprache, dann stelle ich die Frage – und damit ende ich – an Sie: Auf welchen Listenplatz setzen Sie unsere Schülerinnen und Schüler? – Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Kloppenburg. – Ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass wir hier im Ausschuss weder Missfallen noch Beifall bekunden, bitte. Das gehört sozusagen dazu, dass wir hier ganz neutral gemeinsam einfach die Informationen zusammensammeln, auch wenn es manchmal einem in den Fingern juckt, in die eine oder andere Richtung dann doch seine eigene Meinung auch kundzutun. Das können Sie auch tun, dann aber bitte am Mikrofon.

Vielen Dank, Frau Kloppenburg. – Als nächstes habe ich auf unserer Liste Frau Melanie Richert. Sie haben das Wort.

Frau Richert: Ich möchte gerne aus Sicht einer Mutter mal berichten, wie die Inklusion funktioniert. Es geht um meinen Sohn Sebastian. Der ist Asberger-Autist, war bis Ende letzten Jahres in der Stadtteilschule Bergedorf. Dort ist er so erkrankt, dass die Gefahr bestand, dass das chronisch wird. Er konnte diese offene, unstrukturierte Unterrichtsart und diese ganze Unruhe einfach nicht verarbeiten, hat auch schulisch eigentlich nicht nach

seinen Leistungen entsprechend den Unterricht aufnehmen können, also eigentlich ging es nur rein und raus, weil er halt durch das Offene überhaupt das nicht lernen konnte. Wie gesagt, er war dann so krank, dass wir ihn krankmelden mussten. Wir waren im Wilhelmstift bei verschiedenen Ärzten und es ist festgestellt worden, dass es tatsächlich eine psychosomatische Ursache hat, die er aufgrund der Beschulung zur Folge hatte. Und dann mussten wir ihn schützen, haben ihn krankgemeldet, haben dann uns Beratung geholt beim ReBBZ (Regionale Bildungs- und Beratungszentren). Dort hat man uns empfohlen, in alle Richtungen zu gucken und einen Schulwechsel vorzunehmen. Das hat man uns geraten, sowohl Privatschule als auch Gymnasium, wir sollten alles in Betracht ziehen. Die Privatschulen konnten ihn nicht aufnehmen, weil sie halt über keine Sonderpädagogen verfügten und sich das auch meistens nicht zugetraut haben. Einige Stadtteilschulen haben das abgelehnt, weil sie gesagt haben, in unserem Bezirk wären halt nur drei Stadtteilschulen dafür zuständig – die eine, auf die er ging und nicht mehr hingehen konnte, die anderen Stadtteilschulen haben genau das gleiche offen gestaltende Schulkonzept, mit dem er nicht klargekommen ist. Somit haben wir dann einen Antrag auf Haus- und Krankenhausunterricht gestellt.

Nachdem er dann wochenlang gar keinen Unterricht hatte und ich dann nachgefragt habe bei der Leiterin des Haus- und Krankenhausunterrichts, sagte man mir, dass sie das nur ermöglichen kann Maximum zwei bis vier Stunden in der Woche, dass er Haus- und Krankenhausunterricht bekommt. Und da hat man uns dann angeboten, ob nicht die Möglichkeit besteht, dass er in eine spezielle Sonderklasse gehen könnte, die allerdings in Bramfeld ist. Wir kommen aus Allermöhe, das ist natürlich ein ziemlich weiter Weg, den Sebastian nicht selbständig bewältigen kann zurzeit, weil er dort mehrfach umsteigen müsste und im Berufsverkehr natürlich auch wieder mit vielen Menschen und Gerüchen und Lärm zu tun hat, und dazu ist er halt im Moment nicht in der Lage. Das heißt, er hätte dort mit einem Transport hingebacht werden müssen. Trotzdem ist Sebastian am 5. Februar dieses Jahres dorthin gegangen, ihm hat das super gefallen. Es ist eine Kleinstklasse, damals waren sieben Kinder mit einer tollen Ausstattung, Sonderpädagogen, Heilpädagogen, die haben drei Räume, dort wird jedes Kind unterrichtet auf dem Niveau, auf dem es steht, also individuell werden sie gefördert, und Sebastian ist richtig aufgeblüht. Er war richtig gesund, es ging ihm so toll, sein Selbstwertgefühl hat sich entwickelt. Das war so eine Freude, ihn zu sehen. Man konnte es kaum glauben, was innerhalb kürzester Zeit, also was es mit diesem Kind bewirkt hat, wie gut es ihm ging. Wir hatten am ersten Tag, wo er dort war, ein Gespräch gehabt mit dem Schulleiter, mit dem Sonderpädagogen der Klasse, mit der Leiterin vom Haus- und Krankenhausunterricht. Wir und Sebastian waren bei dem Gespräch dabei. Wir haben die Anmeldung bekommen und die Zusage bekommen von allen, dass er dort aufgenommen ist, haben die Schulweghilfe, den Antrag, in die Hand bekommen, dem Kind wurde das mitgeteilt, der alten Klasse wurde mitgeteilt, dass er jetzt auf einer speziellen Klasse ist. Und wir haben ihn dann hin- und hergefahren, obwohl wir beide berufstätig sind. Das war für uns ziemlich schwierig und auch sehr kostenaufwendig und wir konnten das halt nur über einen bestimmten Zeitraum.

Nachdem wir immer noch keine Bewilligung bekommen haben wegen der Schulweghilfe und es halt schwierig wurde, das mit dem Beruf in Verbindung zu bringen, haben wir erst einmal telefonisch versucht, uns an die Behörde zu wenden, um vielleicht so das lösen zu können. Das ging aber nicht. Dann haben wir eine Anwältin eingeschaltet und wir mussten dann leider in ein Rechtsschutzverfahren vor Gericht gehen. In diesem Rechtsschutzverfahren ist es so gewesen, dass man – da gebe ich Ihnen recht, das hat die Rechtsabteilung super hinbekommen – aus einer speziellen Sonderklasse, wo nur Asperger-Autisten sind, die alle aus dem Schulsystem draußen waren, hat man es geschafft, eine Gymnasiumklasse zu machen, damit man einen Weg findet, die Schulwegkosten nicht tragen zu müssen. Und da er im Jahrgang 8 nicht mehr wechseln kann und da er ja auch von den Noten natürlich, weil er in der Stadtteilschule das nicht aufnehmen konnte und dementsprechend auch die Noten nicht hatte, hat das Gericht entschieden, durfte er nicht wechseln. Dazu kommt, dass die Behörde nicht offengelegt hat und auch gesagt worden ist vor Gericht, dass das die

Lerngruppen sind, die wir Eltern auf der Stadtteilschule immer abgelehnt haben. Es wurde so dargestellt, als wenn diese Klasse mit diesem Personal und mit dieser Besetzung genau dieselben Lerngruppen sind als die Zusammensetzung, die man in der Stadtteilschule Bergedorf gemacht hat, und zwar sah das so aus, dass mein Kind, obwohl er zielgleich unterrichtet wird, grundsätzlich mit zieldifferenzierten Kindern, oft geistig behinderten Kindern, rausgenommen worden ist. Dadurch hat er eine Differenz zum Englischunterricht immer weiter bekommen und dadurch entstanden dann natürlich auch die Lücken, weil er dann irgendwann nur noch Chinesisch verstanden hat. Fakt ist, dass das Gericht der Schule recht gegeben hat, es eine Zwangszuweisung gibt zur Inklusion an einer Stadtteilschule in Lohbrügge, wo mein Sohn niemanden kennt, die Schule auch völlig unübersichtlich ist, die Räumlichkeiten nicht hat, die personellen Bedingungen nicht hat, auch keine Ressourcen. Das hat man uns mehrfach bestätigt, dass man dort kein Personal hat, was eine Fortbildung in Bezug auf Asperger-Autismus hat.

So ist der Stand. Tatsache ist, dass Sebastian nach wie vor nicht beschult wird. Er wird aufbewahrt, so nenne ich das, weil wir überhaupt keine Leistungsnachweise sehen. Mittlerweile ist er in gar keinem Fach mehr bewertbar, er hat also gar keine Noten mehr, soll theoretisch – jetzt ist er offiziell in der 9. Klasse – im Frühjahr eigentlich die Prüfung machen. Es ist so, dass wir nicht wissen, wie es weitergeht. Wir hatten am letzten Freitag einen Brief bekommen von dem Schulleiter, wo er wieder sagte, dass er möglichst, spätestens Anfang November, in die Stadtteilschule Lohbrügge soll, obwohl er weiß, dass es nicht geht, weil wir haben ein ärztliches Gutachten, aus dem hervorgeht, welche Bedingungen er braucht für die Beschulung, und die sind so in der Stadtteilschule nicht gegeben. Wir haben keine Ahnung, wie es weitergeht. Wir haben bis heute keine Nachricht von der Schule bekommen, wie es weitergeht. Also wie gesagt, im Moment ist er beim ReBBZ von 8 Uhr bis 12.45 Uhr mit einer ... hat man uns vorgestellt als Wanderpädagogin, ist Sonderpädagogin, die angeblich alles unterrichten kann. In Wirklichkeit macht Sebastian aber, weil er es so kennengelernt hat, er sagt dann immer, keine Ahnung, weiß ich nicht, und dann spielt sie halt Tischtennis mit ihm oder spielt Schach oder mag irgendwie sich mit ihm unterhalten, also es findet gar kein Unterricht statt.

Es ist einfach so, wir sind verzweifelt, Sebastian ist völlig verzweifelt. Er möchte gerne einen Abschluss schaffen. So, wie die Gegebenheiten jetzt sind und die Schulbehörde auch nicht nachgibt, und letztendlich haben Sie ihn seiner Chancen beraubt. Seine ganze Zukunft haben Sie ihm verbaut. Sie haben nicht nur uns finanziell und psychisch kaputtgemacht, sondern was hier ist, ist auch tatsächlich eine Kindeswohlgefährdung aus meiner Sicht, denn es ist so, dass die Inklusion, die Sie jetzt vorhaben, Herr Senator Rabe, er soll jetzt in die Stadtteilschule Lohbrügge gehen. Dort soll er, obwohl er niemanden kennt und keine Lehrer, die Gebäude nicht und keinen, haben Sie vor, dass er mitten in einer Klasse an einem abgeschirmten Arbeitsplatz sitzen soll, den man uns bestätigt hat, den sollen wir uns so vorstellen wie eine Wahlkabine. Hinzu kommt, dass er nur geringfügig in den Unterricht erst einmal soll, und dann in Begleitung der Sonderpädagogin. Also für mich ist das absolute Stigmatisierung, das ist eine Erniedrigung, eine Entwürdigung. Es ist absolut ... ich weiß nicht, ob Sie nicht mal 15 waren oder wie Sie sich das vorstellen. Ich hätte Ihnen jetzt gerne hier etwas gebaut, so wie eine Wahlkabine, ob Sie sich da denn wohlfühlen und das toll finden, vielleicht treten Sie so demnächst auch allgemein einmal auf, damit Sie einmal ein Gefühl dafür kriegen. Mir fällt da nichts mehr zu ein.

Mein Kind war jetzt gerade vor den Herbstferien drei Wochen im Praktikum im Tierheim. Dort ging es ihm auch super, da ist er total aufgeblüht und Gott sei Dank hatte er die positive Erfahrung machen können, dass er auch einmal wieder etwas Positives erlebt hat. Und es ist einfach unmöglich, er ist Asperger-Autist, Sie lassen uns hier am Arm verhungern. Wie gesagt, wir haben keine Mitteilung, wir wissen noch nicht einmal, wie es Montag weitergeht. Er verliert immer mehr, die Zeit läuft ihm davon. Und ich weiß nicht, wie Sie das mit Ihrem Gewissen vereinbaren können, ich appelliere da wirklich nur an Ihre Vernunft. Warum Sie das so machen, ob es jetzt so ist, dass Sie nicht nachgeben können oder dass Sie zeigen

wollen, Sie sind am längeren Hebel, ich kann das als Mutter einfach nicht nachvollziehen. Ich sehe hier mein Kind und Sie versauen ihm die ganze Zukunft, und das, obwohl er sehr wohl in der Lage ist, einen Abschluss zu machen. Es gibt hier eine gute Lösung und er hatte dort einen Platz. Ich kann da weiter nichts zu sagen, das war's.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Richert. – Das Wort hat Frau Doris Rohde.

Frau Rohde: Guten Abend, meine Damen und Herren. Ich möchte mich kurz fassen und möchte Ihnen dafür ein Diskussionspapier überreichen. Ich möchte Anregungen bieten, wie wir den Schulfrieden sichern sollten. Das Diskussionspapier enthält Ideen für eine solidere Ausfinanzierung der Schule. Ich würde mich freuen, wenn Sie dem Diskussionspapier Ihre persönliche Zeit widmen. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Rohde. – Dann hat als Nächstes das Wort Herr Robert Schneider.

Herr Schneider: Schönen guten Abend. Mein Name ist Robert Schneider, ich spreche hier für die Gemeinschaft der Elternräte an Stadtteilschulen in Hamburg. Also ich habe auf den Zettel draufgeschrieben: Status und Aussicht der Stadtteilschulen aus Elternsicht. Mein erster Punkt ist, dass der Ruf der Stadtteilschulen offensichtlich sehr viel schlechter ist, als die tatsächliche Wirklichkeit, so wie wir sie wahrnehmen. Wir Eltern an Stadtteilschulen schicken unsere Kinder an diese Schulen und wir haben Vertrauen in die Lehrer, dass sie das wuppen, und wir machen eigentlich im Großen und Ganzen auch gute Erfahrungen. Nach fünf Jahren, denke ich, ist das ein erst einmal positives Fazit zu nennen. Zum Beispiel möchte ich einmal nennen diese superfantastischen Aktivitäten, die an den Stadtteilschulen laufen. Ich erinnere da an dieses Forschungsschiff, das die Stadtteilschule Wilhelmsburg zusammen mit dem Alfred-Wegener-Institut unterhält, wo die Schüler Forschungsarbeit auf dem Schiff auf der Elbe leisten. Eine fantastische Arbeit aus meiner Sicht und ohne den Lehrern jetzt zu nahe treten zu wollen, ich denke, da lernen sie in drei Wochen mehr als in drei Jahren Schulunterricht. Auch die Kulturagenten, die in den Stadtteilschulen arbeiten, machen fantastische Sachen. Und nicht zu vergessen, im Abi-Ranking, das da veröffentlicht wurde, sind die vier Stadtteilschulen besser als 30 Gymnasien in Hamburg. Angesichts der hochselektierten Schülerschaft in den Gymnasien finde ich das eine super Arbeit. Wenn Stadtteilschulen Themen haben, dann denke ich auch, dass es sinnvoll ist, sich hier gegenseitig zu befruchten, also Best Practices zu üben, zu gucken, wie arbeiten die erfolgreichen Schulen, dann können vielleicht die Schulen, die Probleme haben, davon lernen und ich bin sehr gespannt, was aus dem Projekt wird, das Herr Rabe bei uns am Montag vorgestellt hat in dieser Richtung.

Die große Baustelle ist Inklusion, das wurde jetzt schon mehrfach gesagt. Nehmen wir auch so wahr. Wir als Gemeinschaft der Elternräte sagen, wir sehen Inklusion eben nicht nur als einfache Beschulung von Kindern unter dem gleichen Dach, sondern es muss eigentlich ein Paradigmenwechsel her. Wir dürfen nicht mehr das einzelne Kind anschauen und sagen, du bist hochbegabt, du bist Asperger-Autist, du bist dies, du bist jenes, und dann wissen wir schon, wie wir dich beschulen müssen, sondern was ich mir wünsche und wo ich auch einige Schulen sehr auf einem guten Weg sehe, ist eine pädagogische Neugier der Lehrer auf das Kind hin, auf das einzelne Kind: Was kannst du, wo ist dein Weg, wie können wir dir helfen, deinen Weg zu gehen? Nach den Äußerungen, die ich hier gehört habe, haben einige Lehrer noch einen weiten Weg dahin, aber ich denke aus Elternsicht, das ist unser Wunsch, und ich denke, es geht gar nicht anders, denn Schulbladenschule lässt sich mit einem inklusiven Ansatz überhaupt nicht machen.

Fördern statt fordern war noch kurz, fördern statt abschulen, nee ...Genau, war ein Thema. Dazu hatte ich mir drei Stichworte gemacht. Das eine: Ich bin ein bisschen erstaunt, dass man so ein starres Notensystem hat, nach dem Motto, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, dann gibt es Förderung. Was wir uns wünschen, ist eigentlich ein sehr viel

feingliedrigeres Förderkonzept und natürlich auch, dass die Lehrer da ihre Antennen haben und merken, aha, hier fängt es an abzurücken und dann gibt es hier schon Förderung, und zwar nicht im Sinne von "Du musst jetzt zwei Stunden mit dem Nachhilfelehrer in einen Extraraum", sondern es braucht da sehr viel feingliedrigere Systeme aus meiner Sicht. Und wir würden uns natürlich auch wünschen, dass, wenn das ein paar Jahre gelaufen ist, dann auch eine Evaluation stattfindet. Das waren die Punkte, die ich noch sagen wollte.

Ach, einen ganz kleinen Punkt hatte ich eben vergessen: Diese vier Schulen, die Stadtteilschulen, die so gut im Abi-Ranking abgeschnitten haben, arbeiten binnendifferenziert. Das nur noch einmal so als Nebenaspekt der Geschichte, die wir gesagt haben. Wenn ich mir die Schullandschaft heute so ansehe, habe ich den Eindruck, dass die Stadtteilschulen eigentlich auf einem sehr guten Weg sind. Sie sind die richtigen Schulen, an der jeder Abschluss machbar ist, die auch für jedes Kind die Möglichkeiten bieten. Aus meiner Sicht sind die Problemschulen eigentlich eher heute die Gymnasien, speziell nach diesem gescheiterten Volksentscheid, die sich entscheiden müssen, wollen sie eine Eliteschule sein mit Grundschulabitur und allem Drum und Dran oder wollen sie letztlich auch eine Gesamtschule werden. Aber das ist eine persönliche Meinung, das ist nicht die GS(?) - Meinung. – Schönen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Schneider. – Jetzt hat das Wort Herr Hajo Sassenscheidt.

(Zuruf)

Okay, dann streiche ich das einmal und dann ist dran Herr Pit Katzer.

Herr Katzer: Mein Name ist Pit Katzer, ich bin Schulleiter an der Erich-Kästner-Schule und einer der vier Sprecher der Vereinigung der Schulleitungen der Stadtteilschulen in Hamburg. Ich wollte etwas sagen zu dem Thema Inklusion in der Drucksache, Absatz 1.7. Damit meine folgenden Ausführungen nicht missverstanden werden, möchte ich zu Anfang sehr deutlich machen, für mich ist Inklusion an Stadtteilschulen nicht nur eine Herausforderung, sondern eine außerordentlich große Chance für die Stadtteilschulen, sich weiterzuentwickeln in Richtung Umgang mit Heterogenität, pädagogisch und didaktisch. Das vorweg.

Ansonsten möchte ich mich kritisch auseinandersetzen mit diesem Absatz 1.7 und beginne mit einem Zitat aus dieser Drucksache: "Die inklusive Beschulung stellt die Stadtteilschulen vor große Herausforderungen." – Zitatende. Als Begründung wird zutreffend benannt, dass der Anteil der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Stadtteilschulen rund zweimal so hoch wie in den Grundschulen ist. Das ist bekannt. Nicht erwähnt werden vier weitere, aus meiner Sicht hochbedeutsame Herausforderungen, die inklusive Aufgaben der Stadtteilschulen von den Grundschulen unterscheiden. Das sind die folgenden: Im Unterschied zu den Grundschulen haben die Stadtteilschulen eine sehr stark entmischte Schülerpopulation. Das ist bekannt, steht aber in der Drucksache nicht als eine besondere Herausforderung, die irgendwie auch bearbeitet werden muss.

Der nächste Punkt ist, dass der Auftrag der Stadtteilschulen ist, dafür zu sorgen, dass die Quote der Schülerinnen und Schüler, die ohne Schulabschluss die Schule verlassen, deutlich gesenkt wird, eines der zentralen bildungspolitischen Ziele der Regierungspartei. Nun wissen wir, dass in den Förderschulen – nicht nur in Hamburg, aber in Hamburg auch – die Abschlussquote der Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt Lernen unter 20 Prozent liegt, die also einen ersten Bildungsabschluss machen. Diese Schülerinnen und Schüler sind überwiegend jetzt auf Stadtteilschulen und wenn wir an der Stelle das Regierungsprogramm umsetzen wollen – und wir finden, das ist ein sinnvolles Ziel –, dann bedeutet das auch, dass an dieser Stelle Förderung und Differenzierung intensiviert werden muss. Da wir als Schule über 20 Jahre Integrationsklassen hatten, die zwar für die Bereiche speziellen sonderpädagogischen Förderbedarfs gedacht waren, wo aber immer wieder auch einzelne Plätze frei waren, die dann aufgefüllt wurden mit Schülern mit dem Förderbedarf

Lernen, haben wir in der Summe von über 20 Jahren Erfahrungen gemacht mit Abschlüssen, positive Erfahrungen, wo die Quote umgekehrt war, also nicht 20 Prozent haben einen Abschluss gemacht, einen ersten Bildungsabschluss in der Regel, sondern fast 80 Prozent. Dies war möglich aufgrund der Bedingungen, die wir in den Integrationsklassen in der Vergangenheit hatten und wo dann diese Schüler und Schülerinnen, für die sie primär gar nicht gedacht waren, von profitieren können. Dieses Beispiel zeigt aber, dass es möglich ist, an dieser Stelle diese ehrgeizige Zielsetzung des Regierungsprogramms umzusetzen. Das bedarf aber bestimmter Bedingungen. Und diese Herausforderung wird gar nicht erst genannt in der Drucksache.

Ein dritter Punkt ist, dass die durchschnittliche Klassengröße und insbesondere die Basisfrequenz, die dafür entscheidend ist, wie viel Unterrichtsstunden an die Schule oder in die Klasse kommen, an Stadtteilschulen durchschnittlich deutlich höher sind als an Grundschulen, und dies gilt insbesondere für die KESS-1/KESS-2-Stadtteilschulen, von denen es immerhin 27 in Hamburg gibt, das heißt etwas weniger als die Hälfte der Schulen. Das hat natürlich auch Auswirkungen in Bezug auf die Möglichkeiten zu fördern und zu differenzieren. Ein weiterer Unterschied zur Grundschule liegt darin, dass die anspruchsvolle Aufgabe der Inklusion in Stadtteilschulen fast durchgängig in der Altersphase der Pubertät stattfindet. Das unterscheidet sie auch von den Grundschulen, was, wie jeder, der unterrichtet, weiß, eine besondere Herausforderung ist.

Mein Fazit ist, dass in der Drucksache diese besonderen Herausforderungen – eine ist benannt worden, aber nicht diese anderen vier – nicht benannt worden sind, obwohl das nicht an Unwissenheit liegt. Die Vereinigung der Schulleitungen der Stadtteilschulen hatte schon im Februar, glaube ich, eine Stellungnahme gemacht, wo genau diese Punkte benannt wurden. Erstaunlicherweise tauchen sie hier nicht auf. Wenn sie aufgetaucht wären, hätten daraus Konsequenzen gezogen werden müssen erstens, und zweitens wäre der Widerspruch allzu deutlich geworden. Ich zitiere hier die Drucksache auf Seite 14, wo gesagt wird, und zwar positiv kommentiert gesagt wird, die Ressourcenzuteilung nach einheitlichen Maßstäben für alle Schulformen. Das heißt, hätte man diese besondere Herausforderung benannt, dann könnte man auf die Idee kommen, dass ein einheitlicher Maßstab für alle Schulformen an dieser Stelle für unterschiedliche Herausforderungen bedingt und begrenzt sinnvoll ist.

Das Kleinreden der sehr großen inklusiven Aufgabe der Stadtteilschulen wird in der Drucksache auf Seite 13, 14 fortgesetzt. Statt die tatsächliche Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf dort aufzuführen, wird davon gesprochen, wie sich die Zahl der Sonderschüler reduziert. Das ist eine Zahlenspielerei an dieser Stelle, weil es suggeriert, dass pro Klasse in der Stadtteilschule etwas weniger als eine Schülerin oder Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sitzt. Sie haben die Zahlen dort aufgeführt, es seien 240 Schüler auf 270 Klassen. Das heißt, es wird eine Suggestion gemacht in die Richtung, pro Klasse gibt es ja nur einen Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Das finde ich Kleinreden einer großen Aufgabe und einer großen Herausforderung. Wir kennen die Kontroverse, die über die von den Schulen angegebenen Zahlen von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf existiert, aber es gibt auch eine vom Schulsenator Herrn Raabe in Auftrag gegebene Studie, die deutlich macht, dass eine Größenordnung von 6 Prozent pro Jahrgang im Unterschied zu der in der Bürgerschaftsdrucksache für die Ressourcenzuteilung angenommenen 4 Prozent pro Jahrgang ... und 6 Prozent pro Jahrgang heißt an Stadtteilschulen, wenn es doppelt so hoch sein soll, eine Quote von 12 Prozent für sehr plausibel hält. Die läge etwas unter dem, was die Schulen jetzt melden, aber sie liegt deutlich über dem, der Annahme, die zum Zeitpunkt der Drucksache von 2012 gemacht worden ist. Also hier findet aus meiner Sicht mithilfe von Zahlen ein Verwirrspiel statt, als wäre die Zahl von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf besonders klein.

Dieses Kleinreden findet indirekt auch seinen Niederschlag in dem Newsletter der BSB (Behörde für Schule und Berufsbildung) vom 12. September, da möchte ich gern einmal kurz einen Auszug zitieren. Dort heißt es: "Der Ausbau des Hamburger Schulwesens ist so gut wie abgeschlossen. Jetzt gilt es, die Qualitätsentwicklung an Hamburgs Schulen voranzubringen. Dazu gehören in erster Linie die Entwicklung von besserem Mathematikunterricht, die Verbesserung der Rechtschreibung, die Begabtenförderung, die Qualitätsverbesserung der Ganztagsangebote und die Verbesserung der Schulabschlüsse." Von Inklusion kein Wort, sie wird nicht erwähnt unter dem Aspekt von Qualitätsverbesserung im Hamburger Schulwesen. Das finde ich bemerkenswert, dass dieses in dem Katalog nicht vorkommt. Und parallel dazu, auch fast zeitgleich, wird von Ihnen, Herr Senator, öffentlich erklärt, dass auch in Zukunft für die schulische Inklusion nicht mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Sie haben selber jetzt beauftragt, dass in Klasse 4 Statusdiagnostik, also Gutachten für LSE, erstellt werden. Sie wissen noch nicht – wir auch nicht –, welcher Prozentsatz da herauskommen wird in einem einheitlichen Verfahren von einer externen, von Ihnen beauftragten Institution, und Sie wissen jetzt schon, dass es nicht mehr Geld gibt. Das finde ich hochproblematisch. Ich vermute einmal, dass die Zahl, die dort rauskommen wird, irgendwo zwischen den 4 Prozent der Drucksache und den 7 Prozent sozusagen, was jetzt gemeldet wird pro Jahrgang – also in höheren Jahrgängen, wo Inklusion noch nicht durchgewachsen ist, natürlich nicht, aber in Jahrgang 5 oder Jahrgang 4. Es kann sein, dass es etwas niedriger liegt, weil die Rahmenbedingungen, unter denen dies geschieht, eher abschreckend sind, nämlich die Grundschulen haben jetzt in Klasse 4 extrem wenig Zeit, um durch sogenannte Vorkehrungsbogen, die 14 Seiten umfassen, sozusagen Schüler zu benennen, von denen sie annehmen, dass sie sonderpädagogischen Förderbedarf haben, und dies alles in wenigen Wochen. Insofern kann es sein, dass das ein bisschen gedrückt wird gegenüber dem, was in der Mitte liegt.

Wie auch immer, meine Aufforderung ist, dass das, was dort rauskommt, obwohl ich gegen Statusdiagnostik bin, aber es gibt sie ... ja, aber es gibt sie, Herr Senator, und dann müssen wir irgendwann einmal zu einem Punkt kommen, wo nicht mehr gesagt wird, wir gehen nur noch von den Schülern aus, die weniger an den Förderschulen sind und an den Sonderschulen, sondern wir gehen von dem aus, was jetzt diagnostiziert wird. Und dann müsste die Konsequenz sein, wenn es eben mehr als 4 Prozent ist, dass entsprechend in einer veränderten Drucksache dieses sozusagen der Ausgangspunkt ist für die Finanzierung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Katzer. – Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass Beifall und Missfallenskundgebungen doch bitte möglichst unterbleiben sollten, und gebe das Wort Herrn Sven Richert.

Herr Richert: Vielen Dank. – Mein Name ist Sven Richert. Ich bin der Vater des Autisten, von dem wir eben gerade schon hier gehört haben. Ich möchte ganz gerne beginnen mit einem Zitat von Bertolt Brecht: "Wenn Unrecht zu Recht wird, dann ist Widerstand erforderlich." Und das, was hier mit Inklusion geschieht bei uns in Hamburg, ist tatsächlich Unrecht. Sie werden nachher wahrscheinlich damit argumentieren, es gibt dort Urteile, warum unser Sohn nicht mehr in der Klasse ist, und es geht da um die Wohnortnähe. Zur Wohnortnähe vielleicht: Unser Sohn hat einen Klassenkameraden in Bramfeld, der kam aus Finkenwerder. Finkenwerder ist auch nicht unbedingt der nächstgelegene Stadtteil zu Bramfeld. Das ist also kein Argument. Wir haben erst im Nachhinein, nach dem ganzen Klageverfahren, viele Dinge erfahren, die dort im Klageverfahren vielleicht hätten einmal angesprochen werden sollen. Vielleicht hätte es dann auch einen ganz anderen Ausgang gegeben.

Ich würde ganz gerne einmal dazu zitieren aus dem, was ich im Internet recherchiert habe über die Entstehung dieser Autistenklasse, die nun eine Klasse des Gymnasiums ist. Da heißt es: Im Schuljahr 2009/2010 wurden Schüler aus dem KJP, aus der Kinder- und

Jugendpsychiatrie, mit Asperger-Autismus entlassen, für die es zu diesem Zeitpunkt keine schulische Perspektive gab. Das trifft übrigens auch auf meinen Sohn zu. Unser Angebot, Einzelunterricht in reizarmer Umgebung, um die individuellen Fähigkeiten zu erkennen, Bildung von Kleingruppen mit je zwei, später drei Schülern. Start war Oktober 2010 mit sechs Jungen der Klassen 6 bis 10. Besondere strukturelle Bedingungen dieser Klasse waren eine ruhige Lage in einer Endetage, Unterrichtsbeginn um 8.30 Uhr, während für die restlichen Kinder um 8 Uhr der Unterricht begann, versetzte Pausenzeiten, Unterricht von montags bis donnerstags von 8.30 Uhr bis 14 Uhr und freitags von 8.30 Uhr bis 12 Uhr. Die personelle Ausstattung für diese Klasse, das wird mit Sicherheit jetzt bei dem einen oder andere zu Neid führen, sah folgendermaßen aus: Es gab für diese sechs Jungen eine volle Sonderpädagogin oder es gibt sie auch immer noch. Es gibt zwei Heilerzieher mit jeweils 55 Prozent, es gibt zusätzliche persönliche Schulbegleiter für zwei Jungen, es gibt noch zwei Kollegen des Haus- und Krankenhausunterrichts, die die Schüler vorher im Einzelunterricht hatten und die das Team jetzt stundenweise unterstützen. Diese Klasse ist inhaltlich so strukturiert, dass alle Schüler bekommen auf ihr Niveau zugeschnittenes Unterrichtsmaterial. Das ist häufig aus verschiedenen Jahrgängen. Der Unterricht findet im Wechsel von Gruppen- und Einzelarbeit statt. Die Struktur ist stark ritualisiert, wie es für Autisten auch halt eben wirklich notwendig ist, und bietet Sicherheit. Die Schüler besuchen den Unterricht nicht in den Klassen in den jeweiligen Fächern ihres Niveaus ... nach ihrem Niveau, nicht ihrem Alter entsprechend. Hier ist es so geregelt, dass die Kinder, dass zum Beispiel ein 16-Jähriger, der der Klasse 9 zuzusortiert ist, im Englischunterricht beispielsweise in der Klasse 5 an dem Gymnasium mit im Unterricht teilnehmen kann oder, wenn er besonders begabt ist, sogar auch im Jahrgang 12.

Wir haben uns um Information bemüht, es gab mehrere Kleine Anfragen, auch an den Senat, die dann auch beantwortet sind, und da hieß es dann unter anderem, bei der Autistenklasse handelt es sich um eine jahrgangsübergreifende Lerngruppe, in der ausschließlich Schülerinnen und Schüler mit Autismus-Spektrum-Störung unterrichtet werden. Für dieses Schülerinnen und Schüler wurde die Möglichkeit der Reintegration in das Regelschulsystem geschaffen."

Dann gab es eine weitere Schriftliche Kleine Anfrage, in der das noch mal bestätigt worden und klargestellt worden ist, dass es bei den Schülern, die dort waren, vor der Aufnahme in die Lerngruppe zu mehreren Schulwechseln gekommen war, und bei allen waren Behandlungen im kinder- und jugendpsychiatrischen Dienst vorausgegangen. Fakt ist, bei diesen Kindern hat man dann festgestellt, dass sie das gymnasiale Niveau erfüllen. Das hat man bei unserem Sohn übrigens auch gemacht, und das ist vor Gericht dann wieder abgeschmettert worden. Ich vermute mal, wenn man die anderen Kinder hätte genauso beurteilt, wäre das auch abgeschmettert worden, denn nach meinem Kenntnisstand waren diese Jungs aus Stadtteilschulen. Das haben Sie ja auch in der Schriftlichen Kleinen Anfrage angegeben. Sie haben auch gesagt, dass es keine formalen Voraussetzungen gibt für die Aufnahme in diese Lerngruppe. Zu der Frage, ob es denn Kinder gibt oder Schüler gibt, die diese Gruppe, oder diese Lerngruppe, wie wir sie nennen, oder diese Klasse freiwillig oder nicht freiwillig verlassen haben, haben Sie geantwortet: "Ja, zwei Schüler haben die Klasse" – ich betone hier Klasse – "aufgrund von Umzügen in ein anderes Land verlassen." Sie haben uns auch in einer weiteren Schriftlichen Kleinen Anfrage mitgeteilt, dass es in Hamburg keine anderen Schulen gibt, die eine ähnliche Möglichkeit haben, also eine ähnliche Klassenstruktur wie die Autisten-Klasse in Bramfeld.

Zu unserem Sohn haben Sie dann gesagt: "Bis Ende des vergangenen Schuljahres wurde der Schüler sowohl stundenweise vom zuständigen RBZ als auch vom Bildungs- und Beratungszentrum Pädagogik bei Krankheit unterrichtet." Diese Unterrichtung sah so aus, dass er zunächst zwei Stunden pro Woche hatte. Wir mussten an die Öffentlichkeit gehen, um mehr zu erreichen. Dann wurde auf acht Stunden pro Woche aufgestockt. Sie sagen auch: "Der Schüler wird ab Schuljahr 2014/15 eine Stadtteilschule besuchen und hat einen individuellen mit allen beteiligten pädagogischen Fachkräften intensiv abgestimmten

sonderpädagogischen Förderplan." In diesem Förderplan sind wir auch beteiligt worden und zwar mit 120 Euro Widerspruchsgebühr; das war der Teil, den wir dazu beitragen durften. Dieser Förderplan sieht überhaupt nicht vor, wie sich seine Behinderung auswirkt in schulischen Belangen. Es wird gar nicht darauf eingegangen, es werden gar keine Möglichkeiten genannt. Dieser Förderplan ist absolut nicht in Ordnung. Wir haben in den letzten Monaten erleben müssen, wie Mitarbeiter der Schulbehörde kaputt gemacht worden sind, wie unser Kind kaputt gegangen ist, wie Maulkörbe verpasst worden sind, sodass Mitarbeiter mit uns nicht mehr reden. Das ist so. Das ist tatsächlich so, da brauchen Sie auch nicht so das Gesicht zu verziehen.

Es ist so, wir als Eltern werden auch unseres Wahlrechts beraubt. Wir haben gar nicht die Möglichkeit zu sagen, mein Kind ist in der Lage, Inklusion zu schaffen oder nicht. Mein Sohn ist es im Moment nicht, und Sie wissen, dass mein Sohn im nächsten Frühjahr seine Prüfung hat. Er ist in keinem einzigen Fach mehr bewertbar, nachdem er aus dem Schulsystem herausgefallen ist. Er hat also die äußerste Form der Differenzierung erlebt, nämlich den Ausschluss aus der Schule. Ich bitte Sie, finden Sie mit uns endlich eine Lösung. Ich habe Sie schon sehr, sehr oft angeschrieben. Bei uns liegen die Nerven blank. – Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Richert. – Das Wort hat Frau Mareile Kirsch.

Frau Kirsch: Guten Tag, mein Name ist Kirsch. Ich trage heute einen Fall von einer Mutter vor, die mich heute Morgen angerufen hat und die leider heute selbst nicht anwesend sein kann und mich deshalb gebeten hat, ganz kurz zu sagen, was ihr am Herzen liegt. Es handelt sich um die Mutter eines Kindes mit einer Behinderung in der geistigen Entwicklung, das jetzt vor dem Wechsel in die weiterführende Regelschule ist im Rahmen der Inklusion. Im Rahmen dieses Wechsels hat sich die Mutter zu einem Tag der offenen Tür in die für sie zuständige Stadtteilschule begeben, die eine sehr gute, eine sehr beliebte Stadtteilschule im Westen Hamburgs ist. Dort hat sie sich erkundigt, inwieweit in dieser Schule eine Förderung ihres Kindes möglich sein wird, und die Antwort war, das Kind könne gern die Schule besuchen, es wäre allerdings nur eine physische Anwesenheit möglich, denn eine sonderpädagogische Förderung würde nicht stattfinden. Das Kind könne nicht im eigentlichen Sinne beschult werden. Ich zitiere das jetzt, das waren Zitate von dieser Mutter. Als Grund wurde angegeben, dass die Ressourcen nicht reichen, weil nämlich die WAZ-Stundenzahl, die zur Verfügung steht, nicht für eine sonderpädagogische Förderung dieses geistig behinderten Kindes an dieser Stadtteilschule möglich ist.

Die Mutter hat daraufhin gefragt, ob sie persönlich eine private Schulbegleitung organisieren kann. Das wurde ihr zugestanden. Sie kann also zum Beispiel selbst versuchen, einen Sonderpädagogen aufzutreiben, der dieses Kind fördert im Rahmen dieser Schulbegleitung. Allerdings müsste sie das dann auch selbst bezahlen, womit schon klar wird, dass den Eltern, die das nicht leisten können, dann eben gerade nicht möglich ist. Begründet wurde diese Sache außerdem noch vonseiten der Schule, also diese fehlende Möglichkeit einer Förderung, sondern nur der physischen Anwesenheit, außerdem damit, dass die Klassengemeinschaft dieser Schule, die für sie infrage käme, zu heterogen zusammengesetzt sei, und zwar ein großer Teil gymnasialer Schüler an dieser Schule unterrichtet würden und deswegen die schwächeren Kinder leider in der Förderung hinten runterfallen würden. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Kirsch. – Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung von Herrn Peter Grenz. Wenn es dann keine weiteren Wortmeldungen danach gäbe, würde danach die öffentliche Anhörung abgeschlossen werden. Herr Grenz, Sie haben das Wort.

Herr Grenz: Ich bin Vater einer elfjährigen Tochter und habe schon von Anbeginn geguckt, wie der Schulweg für meine Tochter aussehen soll. Wir selbst leben in Harburg. Ich bin Elternrat, Mitglied der GSH, der Goethe-Schule Harburg, jetzt, kümmere mich um Inklusion und Legasthenie im Elternrat, weil meine Tochter von Legasthenie betroffen ist. Ich bin ganz

glücklich, dass ich heute hier in Hamburg ein Schulsystem zur Verfügung habe, das ich selbst als Kind oder Jugendlicher nicht hatte. Aufgrund dessen, dass ich hier eine Grumbrecht-Schule in Harburg nutzen konnte mit dem Lehrerstamm, der da ist, mit dem Angebot und auch jetzt heute eine Goethe-Schule nutzen kann, so, wie sie sich heute darstellt mit dem Fachpersonal, habe ich eine Tochter, die heute eine hervorragende Schülerin ist, besonders in Deutsch und Englisch und in den Sprachen. Das ist meiner Meinung nach nur möglich wegen der Qualität, die aus meiner Sicht die letzten 30 Jahre also deutlich gestiegen ist. Es gibt eine Sache in Sachen Qualität, die ich sehr besonders beobachte, das ist das Institut für Bildungsqualität und Monitoring, für mich eine relativ frische Sache, die immer noch im Aufbau befindlich ist. Aber ich beobachte auch aus beruflichem Interesse, weil ich mich beruflich mit Prozessmanagement beschäftige, die Arbeit dort, den Output, den frischen Output, und ich hoffe, dass diese Arbeit dort weiter so vollzogen werden kann und nicht abreißt.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Grenz. – Ich habe eine weitere Wortmeldung von Frau Martina Glißmann bekommen.

Frau Glißmann: Ich melde mich hier auch als Mutter eines betroffenen Kindes, das auch Autismus hat und zurzeit eine Stadtteilschule besucht. Ich muss sagen, ich bin ganz froh, dass er eine Stadtteilschule besucht und es dort Inklusion gibt, denn zu früheren Zeiten wäre er vielleicht in einer Förderschule gewesen, das darf man vielleicht auch nicht vergessen. Ich möchte aber auch was zum Thema Schulbegleitung sagen. Mein Sohn hat die ersten vier Jahre in einer Grundschule verbracht, die integrativ war. Dort war die Versorgung eben deutlich besser. Es war in jeder Stunde eine Doppelbesetzung mit einem Lehrer, einem Erzieher und ein Drittel der Stunden noch mit einem Sonderpädagogen. Jetzt an der Stadtteilschule ist es eben so, dass zwei bis drei Stunden sonderpädagogische Betreuung da ist. Bei meinem Sohn kann das zum Glück durch eine Schulbegleitung gut aufgefangen werden. Ich komme darauf, weil immer wieder gesagt wird, wie kann es sein, dass die Schulbegleitungen so stark angestiegen sind. Ich finde, es liegt daran, dass an anderer Stelle an Personal gespart wird. Jetzt zum Anfang des Schuljahres wurden eben auch ohne Ankündigung die Schulbegleitungen von 20 auf 10 Stunden reduziert. Wir haben das zum Glück für unseren Sohn schnell rückgängig machen können, aber das fand ich auch schwierig, weil das überhaupt nicht angekündigt und nicht angemessen war. – So weit von mir.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Glißmann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann danke ich Ihnen ganz herzlich für Ihre Statements, schließe die öffentliche Anhörung.

Wir gehen dann über zum Tagesordnungspunkt 2 und würden wahrscheinlich drei Minuten Umbaupause machen, damit der Senat einmal die Richtung wechseln kann.

Sitzungsunterbrechung 18:14 – 18:22

Zu TOP 02

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Wir treten dann in die Auswertung der öffentlichen Anhörung ein. Ich gebe das Wort dazu Herrn Senator Rabe.

Senator Rabe: Ja, eine Million Zettel hat man mit, aber den, den man braucht, nicht. Macht nichts. Ich würde gern auf die Wortbeiträge zunächst einmal eingehen und hoffe, dass die Fragesteller in meinem Rücken noch da sind, weil ich Ihnen natürlich gern antworten möchte. Ich darf mich vorab für die Wortbeiträge, die ja die ganze Breite des Themas durchleuchtet haben, ganz herzlich bedanken.

Zunächst einmal möchte ich auf einige Punkte der Kollegin Frau Kloppenburg aus der Stadtteilschule Rissen antworten. Sie hat darauf hingewiesen, dass die KESS-13-Studie nur bedingt oder vielleicht gar nicht auf die Stadtteilschulen anwendbar ist. Ich finde, das ist ein wichtiger Hinweis, weil wir in der Tat bei der KESS-13-Studie Schülerinnen und Schüler getestet haben, die im Jahr 2003 bis 2009 Schulen besucht haben, die es heute gar nicht mehr gibt. Das sind die früheren Haupt- und Realschulen, das sind die früheren Gesamtschulen gewesen, vielleicht auch noch andere Schulformen. Deswegen ist es unredlich, für die Ergebnisse der KESS-13-Studie, die ja in der Tat auf bestimmte Probleme hinweisen, pauschal die Stadtteilschule haftbar zu machen. Ganz im Gegenteil glaube ich auch wie Frau Kloppenburg, dass die Stadtteilschule heute ganz anders aufgestellt ist und deshalb auch bessere Ergebnisse erzielt als die gemessenen Ergebnisse. Dennoch darf man auch nicht ganz die Augen davor verschließen, dass es in der Mittelstufe zumindest damals Versäumnisse gegeben hat, die sich insbesondere durch schwierige Noten im Fach Mathematik darstellen. Wir haben das deshalb zum Anlass genommen, einerseits noch einmal öffentlich zu betonen, dass es nicht darum geht, die Stadtteilschule schlecht zu reden, umgekehrt müssen wir aus meiner Sicht auch Hinweisen nachgehen, die zeigen, dass im Hamburger Bildungssystem noch das eine oder andere verbessert wird. In dieser Ambivalenz haben wir KESS 13 so interpretiert, dass es durchaus einen Handlungsauftrag gibt, einen Handlungsauftrag insbesondere im Fach Mathematik in der Mittelstufe zu handeln. Sehr wohl haben wir aber auch Journalisten und die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, dass die Stadtteilschule heute eine ganz anders aufgestellte Schulform ist; da möchte ich Frau Kloppenburg ausdrücklich zustimmen.

Frau Kloppenburg hat sich noch zum Thema Fördern statt Wiederholen geäußert. Hier muss man nun sagen, dass es eigentlich weder mit KESS 13 noch mit unserem Thema Stadtteilschule direkt verknüpft ist. Es geht hier um eine Grundsatzentscheidung, die einstimmig von der Bürgerschaft getroffen wurde. Das Programm, so will ich nur sehr kurz ausführen, hat in der Tat Reize, und es antwortet auf Probleme, aber wie alles in der Bildungspolitik gibt es natürlich auch hier die eine oder andere Frage. Ich weise aber auch darauf hin, dass sowohl die Bürgerschaft mit ihrem Beschluss als auch ich in der Ausführung dieses Beschlusses keineswegs apodiktisch jedes Wiederholen ausgeschlossen habe, sondern dass es hier in besonderen Fällen durchaus Wiederholungen gibt. Übrigens gar nicht so wenige, wie der Rechnungshof nach meiner Erinnerung gerade anklagend festgestellt hat, der sich darüber beschwert, dass immer noch so viele Kinder wiederholen und dass unser Finanzmodell, das dahintersteht, den Förderunterricht zu bezahlen, eigentlich gar nicht aufgeht. Das zeigt aber auch, dass wir hier durchaus flexibel sind. Das Argument allerdings, man müsse Wiederholen wieder anschaffen, weil sonst die Schülerinnen und Schüler nicht zu disziplinieren seien, das Argument teile ich nicht. Ich glaube, dass ein guter Lehrer oder eine gute Lehrerin ein Repertoire hat, um auch mit Schülerinnen und Schülern klarzukommen und Leistung einzufordern, ohne auf dieses Mittel des Sitzenbleibens zu verweisen.

Es war noch geäußert worden, dass das LI, also es geht um das Landesinstitut, das ja insbesondere Fortbildungsaufgaben übernimmt, doch an die Schule kommen möge. Hier, muss ich sagen, bitte ich die Stadtteilschule Rissen ausdrücklich, die Fortbilder anzufordern. Das ist ein gutes Konzept; die Fortbilder kommen gern an die Schulen; sie machen dort mit den Kollegien Fortbildungen. Man muss nicht immer als einzelne Person dort in Kurse gehen, sondern im Gegenteil solche Kollegienbildungen haben sich sehr bewährt.

Frau Kloppenburg ging auch auf die Inklusion ein. Darauf möchte ich erst eingehen, wenn ich mich auch noch mal befasse mit den Hinweisen von Herrn Katzer, der dieses Thema ja in den Mittelpunkt seiner Ausführungen gestellt hat. Zu dem schwierigen Fall des Schülers, dessen Eltern hier beide sich beteiligt haben, muss ich sagen, dieses Thema hat eigentlich, so bedrückend es ist, weder mit der Stadtteilschule noch, wie viele vielleicht denken würden, mit der Inklusion zu tun. Familie Richert, Sie erinnern sich sicherlich daran, dass Sie mich

schon als Abgeordneten besucht haben, weit vor Einführung der Inklusion, weil Sie mit der Beschulung Ihres Kindes schon im damaligen Schulsystem nicht zufrieden waren. Wir sitzen an vielen Stellen nach Kräften und versuchen hier Lösungen zu finden und haben auch viele Lösungen angeboten. Das ist eine schwierige Sache, aber es ist auch etwas, was in einer öffentlichen Sitzung für mich schwer ist darzustellen, weil mir die ganzen Hintergründe natürlich bekannt sind, die Gerichtsverfahren, die es da gegeben hat. Man darf zumindest zusammenfassend sagen, mit der Inklusion hat das wirklich nichts zu tun, denn diese Probleme gab es vorher in diesem Fall ebenfalls. Es geht ja sogar darum, dass eine bestimmte inklusive Maßnahme gewünscht wird, die nun aber gerade für dieses Kind aus unserer Sicht und aus Sicht der Gerichte nicht passt. Es ist also keine Kritik in dem Sinne an der Inklusion, sondern ganz im Gegenteil, erst mit der Inklusion ist eine Maßnahme entstanden, die hier eingefordert wird, und wo es unterschiedliche Bewertungen gibt, ob es die richtige Maßnahme ist. Es fällt mir deshalb schwer, das weiter auszuführen, nur möchte ich das auch nicht ganz unbeantwortet lassen. Deswegen diese etwas knappen Ausführungen dazu.

Ich freue mich über mehrere Wortmeldungen. Herr Schneider zählt dazu, Herr Grenz zählt dazu, auch Frau Glißmann zählt dazu, die noch einmal darauf hingewiesen haben, was Hamburgs Stadtteilschulen mittlerweile alles leisten, und das Leisten ist gleich auf mehreren Gebieten wirklich eine gute Leistung. Es betrifft zunächst einmal tatsächlich die schulische Leistung. Ja, ich weiß auch, dass immer wieder im Zusammenhang mit Schriftlichen Kleinen Anfragen aus dem Abgeordnetenbereich die Sehnsucht entsteht, große Zensuren-Rankings zu machen. Wenn wir ein solches Zensuren-Ranking beim Abitur machen, ist es natürlich so, dass sich Gymnasien und Stadtteilschulen hier nicht überall auf Augenhöhe begegnen können. Was ungerecht ist, ist, dass dabei immer ausgeblendet wird, dass die Stadtteilschulen auch mit ganz anderen Schülerinnen und Schülern zu tun haben. Und eine gute Schule ist nicht die Schule, die zufällig von vornherein schlaue Kinder bekommen hat, sondern eine gute Schule ist die Schule, die etwas aus Kindern macht und aus ihnen Chancen hervorzaubert und Möglichkeiten bietet, die es sonst nicht gegeben hätte. Wir haben deshalb beispielsweise mit unseren Leistungsuntersuchungen nicht aufgesetzt auf der Frage "Wie gut können deine Kinder lesen?", sondern das eigentliche Ziel ist, festzustellen, wie viel mehr Lesen haben sie gelernt. Dieser Lernzuwachs ist das, was eine gute Schule ausmacht. Hier muss man den Stadtteilschulen grundsätzlich sagen, dass sie Kindern einen erheblichen Lernzuwachs beschere, der nach unserer Auffassung in keiner Weise hinter dem Gymnasium zurücksteht. Eher legen die Vermutungen es nahe – und wir hoffen, dass wir im nächsten spätestens im übernächsten Jahr auch klarere Zahlen haben –, dass die Stadtteilschulen hier wesentlich mehr Lernzuwachs generieren als die parallel laufenden Gymnasien. Deswegen finde ich es richtig, diesen Punkt auch einmal deutlich zu sagen. Was hier Hamburgs Stadtteilschulen leisten, ist schon etwas Besonderes.

Ich habe mich auch gefreut, dass Herr Schneider beispielsweise auf einen weiteren Aspekt hingewiesen hat. Neben der schulischen Leistung bietet die Stadtteilschule aufgrund ihrer etwas längeren Zeit, 13 Jahre bis zum Abitur, aber auch weil wir ja sehr viele Stadtteilschulen zu Ganztagschulen gemacht haben, die Chance, dass hier zusätzliche Zeit nutzbringend eingesetzt wird für Dinge, die Kinder weiterbringen. Ob es jetzt – ich muss um Verzeihung bitten, dieses Projekt war mir nicht bekannt – das Lernschiff im Wilhelmsburg gewesen ist. Das andere Projekt hat mir sehr wohl etwas gesagt.

(Zuruf: Ich hab im National Geographic davon gelesen!)

– Nett, dass Sie das sagen.

Aber die Kulturagenten, die ja noch unter der Vorgängerregierung eingeführt worden sind – Sie finden auch in der Drucksache im Rahmen des Ganztages zahllose Angebote, die es hier gibt und die unserer Sicht zeigen, was die Stadtteilschulen auch in diesem Bereich leisten. Ein Bereich, den wir brauchen für die Kinder unserer Stadt; ein Bereich, der zu

sozialen Kompetenzen hinführt, zu Kompetenzen des Miteinanders, der Freizeit und viele andere Bereiche. Das ist schon etwas Ungewöhnliches, und ich bin sicher, da hat Herr Schneider recht, das hat auch erhebliche Rückwirkungen auf die schulische Leistung. Er hat etwas schnell gesagt, drei Wochen dabei werden vermutlich erhebliche Schulzeit sogar ersetzen können. Ich bin zumindest optimistisch, dass das auch die Kinder im Lernen und in der Entwicklung erheblich nach vorn bringt.

Damit komme ich zum letzten Punkt, der Inklusion. Auch hier freue ich mich, dass Herr Grenz beispielsweise darauf hingewiesen hat, was die Stadtteilschulen im Bereich Inklusion leisten. Frau Glißmann hat das Thema auch aufgegriffen, und Herr Schneider hat es angesprochen, Herr Katzer ebenfalls. Halten wir zunächst einmal fest: Die Enquete-Kommission, die die Stadtteilschule zu Recht als gute Idee der Bürgerschaft empfohlen hat, hatte damals eigentlich auch gesagt, gleichzeitig mit der Inklusion das einzuführen, ist schon eine sehr hohe Belastung dieser Schulform; es wäre klug, das nacheinander zu machen. So ungefähr, ich bin etwas ungenau; Herr Heinemann weiß das genauer, er war dabei. Trotz dieser Empfehlung hat sich die damalige Regierung anders entschieden und beides gleichzeitig gemacht. Das hat den Start der Stadtteilschule sicherlich nicht erleichtert, musste sie doch gleich drei schwierige Herausforderungen bewältigen. Erstens die Fusion zahlreicher Vorgängerschulformen, wir hatten über 90 Haupt-, Real- und Gesamtschulen, die sich plötzlich in 52 Stadtteilschulen verwandelt sahen. Allein ein solcher Fusionsprozess ist ein Prozess der Jahre kostet, häufig Moderation braucht und der nicht mal eben so läuft. Zweitens haben die Stadtteilschulen einen erheblichen Umbruch ihrer Kollegien zu verkraften. Gerade dort ist die Pensionswelle sehr stark. Auch das zusätzliche Personal, ich komme gleich dazu, hat dazu beigetragen, dass es zumindest auch einen Wechsel an Kollegien gab. Es ist einerseits eine schöne Perspektive, mit jungen Kolleginnen und Kollegen eine Schule zu machen, aber es geht auch Erfahrungswissen dabei verloren, und deswegen ist eigentlich ein kontinuierlicher Wandel für eine Schulform ein gradlinigerer Weg als ein plötzlicher Umbruch. Neben der Fusion und neben dem Wandel dieser Kollegien zahlreiche pädagogische Projekte und Profile zu entwickeln für eine neue Schulform, ist ebenfalls eine sehr, sehr große Aufgabe. Und das letzte, was genannt werden muss ... und dann noch die Inklusion oben drauf. Ich habe großes Verständnis dafür, dass an einzelnen Stadtteilschulen einzelne Schulleiterinnen und Schulleiter, Schulleitungskräfte sagen, das ist aber sehr, sehr viel, und wir haben hier doch durchaus eine angespannte Lage, mit der wir umgehen müssen und die wir bewältigen müssen. Dieses Verständnis einerseits ist allerdings gleichzeitig Anlass dafür zu sagen, was ist denn jetzt eigentlich gemacht worden, um die Inklusion speziell, aber vor allem die Stadtteilschule insgesamt auch zu verbessern. Und hier will ich wenige Punkte zur Inklusion nennen.

Herr Katzer hat zu Recht auf ein Grundsatzproblem hingewiesen, das uns allen, die wir uns ganz genau mit Inklusion und Zahlen auseinandersetzen, nach wie vor Falten auf die Stirn zaubert, nämlich die Frage, wie kann es angehen, dass seit Einführung der Inklusion an den Sonder- und Förderschulen rund 1600 Kinder abgegangen sind, aber die allgemeinen Schulen plötzlich dreimal so viel, nämlich fast 5000 zusätzliche Sonderschüler melden. Da sich die Schülerzahl in Hamburg eigentlich nicht verändert hat, ist das eine seltsame Entwicklung. Diese seltsame Entwicklung erklären unsere Gutachter wie folgt: Sie sagen, zwei Drittel der heute als förderbedürftig identifizierten Kinder waren auch schon vorher an der Schule und wären auch ohne Inklusion an diesen Schulen gewesen. Das heißt nicht, dass es kein Problem gibt, es heißt nur, das hat eigentlich nicht im Kern direkt etwas mit der Inklusion ehemaliger Schülerinnen und Schüler aus Sonderschulen zu tun, sondern es ist eine grundsätzliche Aufgabe der Hamburger Schulwelt. Wir alle haben bei der Inklusion gehandelt und gedacht, dass wir die Schülerinnen und Schüler begleiten und fördern und die Schule insgesamt erstarken, um einen Platz zu bieten für Schülerinnen und Schüler, die bisher ausgeschlossen waren. Und wenn wir ehrlich sind, dann sind die Mittel für die tatsächlichen Schülerinnen und Schüler, die bisher ausgeschlossen waren und jetzt wechseln an die allgemeinen Schulen, diese Mittel sind erheblich. Die Mittel werden in dem Moment knapper, wo wir viele Schülerinnen und Schüler, die ohnehin an den allgemeinen

Schulen sind, als förderbedürftig erkennen und hier ebenfalls diese zusätzlichen Mittel einfordern. Hier ist dann die große Frage: Handelt es sich um eine Dunkelfeldaufhellung, handelt es sich um eine unklare Diagnostik und vieles mehr.

Und umgekehrt muss man aber allen Beteiligten auch sagen, die Schulpolitik hat sich darauf konzentriert, für Schülerinnen und Schüler, die bisher in die Sonderschulen gegangen sind, einen Weg in die allgemeine Schule zu finden, und hat deshalb die allgemeinen Schulen mit erheblichen Mitteln ausgerüstet. Frau Kloppenburg sagte anfangs, Inklusion gibt es nicht zum Nulltarif. Ich glaube, das müssen Sie keinem in dieser politischen Runde erzählen. Nach unseren unterschiedlichen Berechnungen reden wir hier ja über Millionen, die wir zusätzlich aufgewendet haben, um die Inklusion zusätzlich zu finanzieren bei gleichgebliebener Schülerzahl letztlich. Hier sind erhebliche Mittel aufgewendet worden, dennoch bleibt ein gewisses Fragezeichen in Bezug auf die Schülerinnen und Schüler, die schon vorher an der Schule waren und wo die Lehrkräfte jetzt sagen, der muss auch noch gefördert werden.

Hier gibt es zwei Wahrheiten. Die eine lautet, sie ist die harte der Financer, die sagen, ist schön, wenn man das machen könnte, aber diese Kinder waren vorher da und wurden vorher auch mit den gleichen Bordmitteln bespielt. Und es gibt die sicherlich pädagogisch nicht unberechtigte Sicht, dass man sagt, darunter sind aber auch viele, die eigentlich auch eine besondere Förderung brauchen, wie viele es auch immer sein mögen. Dieses Kernproblem ist ein Problem, an dem wir gemeinsam arbeiten. In der Drucksache ist in der Tat genannt worden der Abbau der Schülerzahlen an den Sonderschulen als die Kernaufgabe der Inklusion. Ich leugne nicht, dass die Inklusion insgesamt bedeutet, Schulen zu verändern und nicht Kinder mit jeweils einzelnen Personen sozusagen durch eine völlig unveränderte Schulwelt als Hilfskräfte hindurchzuschleusen.

Wenn es um die Ressourcen geht, dann möchte ich das abschließen mit dem Hinweis an Frau Glißmann, die noch einmal darauf hinwies, dass da bei der Schulbegleitung gespart worden wäre. Frau Glißmann, wenn es denn so wäre – also rechts und links sitzen bei mir jetzt lauter Menschen, die teilweise wegen der Schulbegleitung schon verzweifelt sind, auch für einen Senator ist es manchmal hochnotpeinlich, wenn er mehrfach zum Finanzsenator gehen muss, um nachzubetteln –, nur als zwei Zahlen: Vor rund drei Jahren haben wir für die Schulbegleitung 3 Millionen Euro bereitgestellt. Wir liegen jetzt in diesem Jahr bei 13 Millionen. Eine solche gewaltige Steigerung, auch in Proportionen übertragen auf andere Bereiche – wie sieht der Etat des Schauspielhauses aus, wie sieht es mit der Feuerwehr aus oder mit der Polizei –, gibt es, glaube ich, in überhaupt keinem anderen Bereich des gesamten öffentlichen Dienstes. Und deswegen kann man zwar immer sagen, das ist noch zu wenig, aber man darf auch nicht verkennen, dass hier eine ganz aberwitzige Steigerung der Mittel geflossen ist, um die Ansprüche möglichst pädagogisch richtig zu befriedigen.

Jetzt aber zur Stadtteilschule selber. Das Thema Stadtteilschule bezieht sich aus meiner Sicht ja nicht nur auf die Frage nach Inklusion, auch wenn es ein wichtiges Thema ist. Ich will im Überblick sehr kurz, weil Sie sicherlich auch noch viele Fragen haben, Punkte nennen, die meiner Meinung nach getan wurden und wichtig sind, und eine Perspektive nennen, die daraus erwächst. Das ist zunächst mal, was die Perspektive angeht, dass wir uns fragen müssen, welche Rolle hat diese Stadtteilschule in Hamburg? Und zunächst mal ist sie eine Schulform, die unser Schulsystem insgesamt stabilisiert, und ist eine neue Schulform, die anders als die anderen keine hundertjährige Tradition hat, und deswegen braucht sie schon mal per se mehr Rückenwind als die anderen. Vor allem aber ist es eine Schulform. Und ich sehe in Hamburg viele Schülerinnen und Schüler, viele Eltern, die sich wünschen, dass ihre Kinder zum bestmöglichen Schulabschluss geführt werden. Und deswegen ist für uns diese Schulform eine Schule, die ein klares Leistungsversprechen abgibt, die sagt, du wirst an keiner anderen Schulform besser gefördert als an dieser, wenn es um schulische Leistung, um deinen Schulabschluss und deine spätere Lebensperspektive geht. Wir haben uns dabei auch orientiert an erfolgreichen Stadtteilschulen, wenn wir diesen Schwerpunkt setzen. Alle Stadtteilschulen, die heute hoch angewählt sind, sind die Stadtteilschulen, die mit diesem

Leistungsversprechen Eltern und Kinder ansprechen und überzeugen. Allen voran darf ich nennen zum Beispiel die Max-Brauer-Schule, ich nenne aber auch die Reformschule Winterhude, allerdings auch die vielen großen, hochakzeptierten früheren Gesamtschulen. Hier sind zu nennen – das war ja auch von Herrn Genz gesagt worden – die heutige Goethe Schule, frühere Gesamtschule Harburg. Das Gleiche gilt für Bergedorf, ich will nennen Julius-Leber, Heinrich-Hertz, dazu gekommen ist Gyula Trebitsch als Systeme, wo man sagen muss, die schlagen in der Akzeptanz jedes Gymnasium aus dem Feld, und ihre Akzeptanz beruht auf dem Versprechen, dass sie Kinder zu Leistung führen und – und nun kommt der zweite Teil des Versprechens – sie dabei nicht unglücklich machen, sondern sie auch sozial reifen lassen. Herr Katzer hat zu Recht darauf hingewiesen, zu dieser sozialen Reifung gehört die Inklusion auch als eine Chance dazu, und sie ist nicht nur ein Risiko für diese Schulform. Die zusätzliche Zeit ebenfalls.

Vor diesem Hintergrund haben wir folgende Maßnahmen gemacht, um diese Schulform zu profilieren als eine Schulform, die zu Leistung führt und dabei zugleich den Erziehungs- und Reifungsprozess der Kinder mit vielfältigen Angeboten unterstützt. Erstens: Wir haben den Ganztagsbereich hier dramatisch ausgebaut. Aus, nach meiner Erinnerung rund 25, es mögen auch 28 frühere Ganztagschulen in diesem Bereich gewesen sein, sind jetzt 55 geworden. Wir haben das verdoppelt. Ich erinnere nur daran, in drei Jahren. Und für die vorangegangenen 28 Schulen hat man sich im Großen und Ganzen, glaube ich, seit Ende der Achtzigerjahre Zeit gelassen. Das zeigt, dass das hier eine erhebliche Investition ist, eben deshalb, um diese Lernchancen zu unterfüttern mit Chancen zur sozialen Entwicklung der Kinder, und damit neue Perspektiven dieser Schulform zu geben. Ganztags ist das eine Wichtige.

Das zweite Wichtige sind die Oberstufen. Damit kein Missverständnis auftaucht: Ich will nicht, dass das Abitur verschenkt wird. Ich bin sogar dort sehr klar und sage, das darf nicht einen Millimeter leichter sein als vor zehn Jahren. Genauer gesagt, wenn ich mir die Zeit vor zehn Jahren angucke, wünsche ich mir, dass es eher schwerer ist. Aber die Chance auf das Abitur muss gewahrt sein, und niemand kann den Kindern an der Nasenspitze ansehen und ernsthaft sagen, wie bitte, du kommst aus Lurup, da macht das keinen Sinn mit deinem Abitur, sondern da muss diese Chance auch sein. Die Oberstufe ist aber nicht nur als Chance und als Leistungsversprechen wichtig. Wir wissen alle, dass sie ausstrahlt auf die Mittelstufe. Nicht nur, weil sie zu mehr Gymnasiallehrkräften führt, die dann mit den Haupt- und Realschullehrkräften zusammen eine Mischung bringen, die aus meiner Sicht besser ist, als wenn man nur die jeweils einzige Profession betrachtet, sondern auch deshalb, weil der Mittelstufenunterricht ein Stück weit auch auf die Oberstufe schießt und er dem Anspruch genügen muss, dass einige Kinder aus dieser Mittelstufe auch diese Oberstufe schaffen müssen. Und damit bedeutet das auch eine aus meiner Sicht qualitative und stärkere Fachlichkeit, qualitative Verbesserung des Mittelstufenunterrichts. Deswegen haben wir großen Wert auf den Ausbau der Oberstufen gelegt. Sie haben das in der Drucksache gesehen, die haben wir rund verdoppelt, in der Tat übrigens in der Zusammenarbeit schon mit der Vorgänger-Regierung. Sie wissen, das war Teil des Schulfriedens, eine Vereinbarung, die uns damals sehr wichtig war.

Diese beiden Punkte sind aus meiner Sicht nicht freihändig zu leisten. Wenn wir dann auch noch die Herausforderung der Inklusion betrachten, dann wird deutlich, das kann man nicht aus dem Stegreif machen, das braucht erstens Zeit und zweitens Geld und drittens Konzepte. Zum Geld nur so viel: Sie haben die Drucksache alle gelesen. Die Hamburger Stadtteilschulen haben in den letzten drei, vier Jahren rund 550 Lehrerinnen und Lehrer netto mehr bekommen, als sie vorher hatten. Das heißt, bei gleichbleibender Schülerzahl hat jede Stadtteilschule heute neun Lehrkräfte mehr als vorher. Ein Teil dieser Lehrkräfte mehr sind für die zusätzlichen Aufgaben gegeben worden, die es zweifellos in Inklusion und Ganztags gibt. Ein Teil ist aber auch schlicht Entlastung von Lehrkräften, um Qualität zu verbessern. Rund die Hälfte dieser zusätzlichen Stellen fließen nämlich in die verkleinerten Schulklassen, die wir noch gemeinsam beschlossen haben, und die andere Faktorisierung –

ich verkürze und sage, die Idee, dass die Stadtteilschullehrkräfte genauso wenig unterrichten wie Gymnasiallehrkräfte, und die zusätzliche Zeit nutzen zur besseren Vorbereitung, Nachbereitung des Unterrichts und zur pädagogischen Arbeit. Und das sind erhebliche Gelder, die wir hier nur für diese Schulform bereitgestellt haben, wie gesagt, pro Stadtteilschule im Durchschnitt neun zusätzliche Lehrkräfte. Auch das ist ein gewaltiger Schritt. Und wenn ich immer so öffentlich höre, man tut nichts für die Bildung, dann darf ich ganz offen sagen, dass Politik auch manchmal ein bisschen ratlos und verzweifelt ist, denn wenn wir in jeder Revierwache der Polizei heute neun Mitarbeiter mehr gehabt hätten, dann würde sich die Polizei möglicherweise etwas anders verhalten als die Schulwelt, bei der man manchmal den Eindruck hat, dass das gar nicht erkannt wird. Hier ist also viel, viel gemacht worden.

Ich komme damit zum allerletzten Punkt. Eine Schule, die Leistung verbindet mit sozialer Entwicklung, eine Schule für alle Kinder, die alle Abschlüsse anbietet und allen Kindern gerecht wird, die deshalb auch erheblich besser ausgestattet ist als die beiden allgemeinen anderen Schulen. Nur als Beispiel: Eine Stadtteilschule ist heute bei gleicher Größe, gemessen am Gymnasium, um 30 bis 40 Prozent mit mehr Personal ausgestattet als das vergleichbare Gymnasium. Das ist schon eine Ungleichheit, die man in anderen Bundesländern suchen muss und die nach meiner Auffassung in Hamburg eine Besonderheit ist, weil wir eben diese Stadtteilschule auch fördern wollen.

Wir haben auch das Thema KESS 13. Und hier darf ich zunächst einmal ausdrücklich um Entschuldigung dafür bitten, dass es nur unter großen Mühen und Bauchweh gelungen ist, die für Montag angekündigte Langform dieser Studie Ihnen rechtzeitig zuzustellen. Eine so richtige, wunderbare Erklärung habe ich nicht, ich hoffe, da kann nachher jemand etwas dazu erklären. Herr Vieluf als Autor dieser Studie hat da offensichtlich mehrere verschiedene Dateien gespeichert, und in der Finalisierung und Übermittlung ist das offensichtlich dort nicht rechtzeitig und vernünftig... hat das nicht geklappt. Dennoch darf man umgekehrt sagen, dass schon die Kurzform, kombiniert mit dem ausführlichen Referat von Herrn Vieluf, eigentlich uns Anlass genug war, die tatsächlichen, wichtigen Parameter anzufassen. Und er hat ja auch breit in der Stadt seine Vorträge gehalten, hat überall darauf hingewiesen. Er ist durch alle Bezirke gegangen, war auf Einladung in verschiedenen politischen Gremien, sodass ich doch fest davon überzeugt bin, dass auch bei nur rudimentärer Lektüre der Langform wir genug wissen über das, was diese Studie hervorgezaubert hat. Sie sagt, in den Vorgänger-Schulformen von 2003 bis 2009 wurde in der Mittelstufe gerade in Mathe, aber auch in Grenzen in Naturwissenschaften, zu wenig gelernt. Sie sagt aber auch zwei andere Dinge, die in der öffentlichen Diskussion leider immer unter die Räder kommen. Erstens: In der Oberstufe der jetzigen Stadtteilschulen wird richtig viel gelernt. Der Lernfortschritt ist sogar höher als der in den vergleichbaren Oberstufen der Gymnasien. Ich finde, das ist auch eine Botschaft, die man dabei nicht übersehen darf.

Und sie sagt zweitens: Die heutigen Stadtteilschulen führen viel mehr Kinder zum Abitur als früher, und diese Kinder sind eigentlich Kinder, die aus wesentlich belasteteren Familien und auch aus bildungsferneren Familien kommen als zuvor. Und deswegen hat diese Studie nicht nur Handlungsbedarf gezeigt, sondern sie hat eigentlich einen großen Lobteil auch – und der darf, finde ich, beim öffentlichen Diskurs nicht unter die Räder kommen –, diese Schulform, in Teilen sicherlich auch die Vorgänger-Schulen, haben hier schon Großartiges geleistet. Es ist nicht trivial, wenn es gelingt, in einer Familie zum ersten Mal ein Kind zum Abitur zu führen. Leichter ist es, wenn es in der dritten Generation das Abitur macht.

Wir haben es als Auftrag gesehen, uns um das Schulfach Mathematik zu kümmern, das ja mehrfach bei Studien aufgeleuchtet ist, da braucht man eigentlich nicht nur KESS 13 zu bemühen. Wir haben uns hier mit den Abiturnoten beschäftigt, auch hier eine Auffälligkeit in Mathematik. Übrigens nicht nur im Bereich der Stadtteilschule, sondern ehrlicherweise sind wir insgesamt in Norddeutschland in Mathematik nicht so richtig gut aufgestellt. Auch die

Gymnasien sind im Bundesvergleich dort nicht mit weit vorne, sondern auch da muss man darüber nachdenken, wie man es besser machen kann.

Unsere Vorschläge – und da möchte ich noch mal auf den Wortbeitrag von Frau Kloppenburg eingehen, die ja gesagt hat, diese Vorschläge seien zu vage. Und ich habe ja jetzt auch hin und wieder in der öffentlichen Kommentierung gelesen, das müsste alles schneller und klarer gehen. Ich will einmal an der Stelle sagen, meine Sorge war eigentlich eher, dass wir in einer sicherlich durchaus auch strapazierten Schulform irgendwann aufpassen müssen, dass wir vor lauter guten Ideen nicht noch einen Reform-Overkill machen und diese Schulform dann, auch trotz so vieler guter Ideen, am Ende keine Lösung findet. Und wir müssen deshalb mit Behutsamkeit klar vorgehen, und dabei müssen wir die Praktiker der Schulen mitnehmen. Und deswegen haben wir absichtlich nicht mit einem festen Ideenkonzept gesagt, so machen wir das, und ab übermorgen wird die Ausbildungs- und Prüfungsordnung geändert, kurz hintereinander die Stundentafeln, und ab Dienstag geht es los, sondern wir haben gesagt, wir möchten jetzt den Dialog suchen, wir benennen die Richtungen, aber wir wollen diesen Dialog auch, auch wenn das ein Prozess ist, der vielleicht etwas länger dauert. Aber wir glauben, dass dieser Prozess dann viel erfolgreicher ist, weil wir nämlich die Stadtteilschulen mitnehmen dabei und ihnen nicht von außen etwas aufoktrojieren.

Die Punkte, die wir genannt haben, sind bekannt, und deswegen muss ich es, glaube ich, nicht in aller Detailliertheit machen. Mehr Unterrichtsstunden, mehr Fachlehrkräfte, ich glaube, da gab es ohnehin schon mehrfach Konsens, hier auch im Ausschuss, der sich andeutete. Der Punkt mehr Gymnasiallehrkräfte mag vielleicht den einen oder anderen erschrecken. Hintergrund ist aber, glaube ich, sogar eine Abfrage von Ihnen selber, die ich mit großer Aufmerksamkeit gelesen habe und wo sich zeigte, die Max-Brauer-Schule beispielsweise, aber nicht nur sie, die Goethe Schule Harburg kann ich genauso nennen und andere, haben teilweise deutlich über 50 Prozent Gymnasiallehrkräfte und sind hoch angewählt und erfolgreich. Und auf der anderen Seite der Skala geht es bis 15 Prozent herunter, und es sind nicht gerade die Namen, die einem zunächst einfallen bei der Frage, welche Schulen werden von den Kindern besonders hoch angewählt. Deswegen schien mir recht klar, der Professionen Mix macht es. Wir haben genügend Bewerbungen im Gymnasialbereich, und deswegen wünsche ich mir hier entsprechend mehr Lehrkräfte. Trotzdem bleiben wenige Fragen, die, falls diese Runde in diese Fachlichkeit einsteigen möchte, bei KESS 13, auch bei mir noch ungeklärt sind. Wir müssen mit den Fachleuten für Mathematik darüber reden, was eigentlich in diesem Unterricht verbessert werden kann. Ich hatte in der Pressekonferenz schon gesagt, ich habe damals sehr schematisch Englisch gelernt mit Vokabeln und Grammatikbuch, und ich kann es bis heute nicht. Heute läuft es anders, die Kinder reden frisch drauf los, sie haben den Unterricht schon in der Grundschule. Und die Erfolge in Englisch in Hamburg – übrigens Erfolge, das will ich ganz offen sagen, die auch unter den Vorgänger-Regierungen und ihren Tätigkeiten sehr klar zusammenhängen – sind sehr frappierend. Dieser Methodenwechsel alleine scheint sehr viel gebracht zu haben. Lassen sich nicht auch solche Methoden und didaktischen Konzepte in der Mathematik verbessern? Das ist unsere Frage an Wissenschaft und Universitäten, und da werden wir, ich glaube, schon am Montag oder so, die Frau Professor Köller aus Kiel und viele andere zu Beratungen in die Behörde bitten und diese Frage angehen.

Und das Letzte: Wenn wir es besser machen wollen, müssen wir nicht nur ein Konzept entwickeln, sondern auch den Lehrkräften sagen, wie das geht. Und deswegen möchten wir den Fachleiter stärken und die Fachkonferenzen zur eigentlichen Ideenschmiede eines besseren Mathematikunterrichts an allen Schulen ausbauen. Das hat sich auch in anderen Zusammenhängen bewährt. Wir haben hier gemeinsam die Rechtschreibprobleme angesprochen. Wir haben jetzt angefangen, die Fachleitungen Deutsch der einzelnen Grundschulen einzuladen und mit ihnen über Rechtschreibungsverbesserungen zu reden. Und es entpuppt sich als ein sehr hilfreicher Prozess, hier direkt mit den Fachleitungen

sozusagen die Ideen in die Schule zu tragen. Das ist das Konzept, das ich ein bisschen verengt habe auf Mathematik.

Offen bleibt die Frage, inwieweit wir die Fächer Deutsch und Naturwissenschaften mit einbeziehen. Das ist auch unterschiedlich in der KESS-Studie bewertet worden. Sie wissen, dass die KESS-Studie in den Naturwissenschaften klarere Defizite verortet. Umgekehrt hören wir immer wieder, dass das Fach Deutsch in jeder Hinsicht in einer Stadt, in der auch viele Kinder aus Elternhäusern nicht-deutschsprachiger Herkunft kommen, eine besondere Rolle hat, und deswegen gilt es, auch die Ideen für Mathematik in Dosen oder vielleicht in toto zu übertragen auf diese anderen Bereiche. – Vielen Dank für Ihre lange Aufmerksamkeit. Das waren meine einleitenden Worte.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator. Herr Holster hat das Wort.

Abg. Lars Holster: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte mich zunächst einmal recht herzlich bedanken, dass Sie heute Abend hier alle hergekommen sind zu dieser öffentlichen Anhörung. Und auch vielen Dank an alle, die sich hier mit Redewortbeiträgen beteiligt haben.

Frau Kloppenburg ist auf die Problematik der Ressource eingegangen. Wir haben eben gehört, auch noch mal vom Senator, dass die Stadtteilschulen jetzt wesentlich besser personell ausgestattet worden sind, ich will die Zahl gern noch mal wiederholen, über 550 neue Lehrerinnen und Lehrer. Und ich glaube, das ist ein ganz starkes Signal an die Stadtteilschulen hier in der Stadt.

Ein zweiter Punkt wurde eben auch schon intensiv besprochen, dass der Unterricht intensiv verbessert werden muss. Auch dazu hat der Senat ja heute auch gerade viele Dinge vorgelegt. Auch das unterstützen wir ausdrücklich.

Dann kommen wir zu einem Punkt von Herrn Schneider. Äußere oder innere Differenzierung ist ja auch Thema dieser Selbstbefassung, und ich bin da mal ganz ehrlich, auch an meiner eigenen Schule ist das immer wieder ein großes Thema, wann soll man eigentlich anfangen? Ich bin ja selbst Mathematiklehrer, und auch wir schwanken manchmal hin und her, ab acht, ab neun, wo ist eigentlich der richtige Weg? Und dann haben Sie ja einen ganz interessanten Nebensatz gesagt, eigentlich die vier, ich nenne sie mal erfolgreichsten, Hamburger Stadtteilschulen, verzichten ja auf eine äußere Differenzierung, jedenfalls weitestgehend. Und das ist für mich jetzt noch mal eine wirklich interessante Frage an den Senat. Wie erklären Sie sich das, wie steht da die Haltung des Senats zur äußeren Differenzierung, gerade und im Hinblick, dass wir auch viele ganz stark angewählte Stadtteilschulen in Hamburg, dass die da komplett drauf verzichten? Wir führen ja innerhalb der Bürgerschaft hier auch eine kontroverse Diskussion, und wir haben das noch nicht abschließend auch hier erörtert. Das haben wir auch beim nächsten Mal, glaube ich, noch mal, das Thema, in einem Antrag der CDU-Fraktion – jedenfalls hatten wir das schon häufiger –, die die äußere Differenzierung ganz stark fordert. Ich glaube, Herr Dr. Scheuerl fordert sie, glaube ich, schon ganz, ganz früh auch. Dieses würde ich gern noch mal hier ausdiskutiert haben.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Senator.

Senator Rabe: Die Antwort, die vor einigen Jahren alle Bürgerschaftsparteien gemeinsam gegeben haben, lautete: Jede Schule macht das, was sie am besten kann, um den Kindern am meisten zu nützen. Weil damals zumindest die Schulpolitiker erkannt hatten, dass das eine Universalrezept in diesem schwierigen Bereich vermutlich nicht zu finden ist. Es gibt Lehrkräfte, die das hervorragend können, in der inneren Differenzierung zu arbeiten. Und entsprechend haben wir, insbesondere bei den Stadtteilschulen, die erfolgreich sind, wo aus meiner Sicht auch die besonders engagierten Lehrkräfte sind, den hohen Anteil der binnendifferenzierenden Schulklassen. Wir dürfen umgekehrt nicht die Augen davor

verschließen, dass wir es mit einer großen Vielfalt von Schulen zu tun haben, welche, die einerseits aus meiner Sicht in Sachen Lernzuwachsmethodik jede andere Schule, auch andere Schulformen, sicherlich haushoch überlegen sind. Wir haben aber auch schlicht – darf ich es so verkürzt sagen – ganz normale Schulen mit Lehrerinnen und Lehrern, die sich auf den Weg machen, die sich aber auch aus einer Tradition heraus begreifen, die sicherlich noch nicht in diesem Maße in der Binnendifferenzierung steht. Und deswegen möchte ich dieses Gut, das wir damals als Konsens erreicht haben – es klingt zwar albern, aber jeder macht das, was er am besten kann, um den Kindern am besten zu nützen –, nicht zugunsten einer Pauschallösung fahren lassen. Egal, was wir dabei machen, das wissen wir alle hier, wenn wir ganz heimlich uns mal beim Kaffeetrinken treffen, egal, was wir machen, das Diktat der äußeren Differenzierung wird in der Schulwelt Empörung, Aufruhr und Skandal auslösen und bei bestimmten Schulen zu erheblichen Leistungsrückgängen führen.

Und genauso fürchte ich aber auch, das Diktat der kompletten inneren Differenzierung bis Klasse 10 wird dieselben Auswirkungen haben. Deswegen wünsche ich mir hier eine Lösung, die die Vielfalt des Hamburger Schulsystems auch abbildet, und deswegen finde ich das, was wir damals gesagt haben, ist vernünftig. Ich darf selber aus eigener Erfahrung sagen, auch bei mir in der Verwandtschaft, Stadtteilbesuche durchaus. Die äußere Differenzierung hat sich in dem Fall, wo ich es erlebt habe, als hilfreich erwiesen, weil die Lehrkräfte damit hantieren konnten, es gelernt hatten, und die Vielfalt nicht ganz im Blick hatten. Sie hatte aber auch erhebliche Nachteile. Allein pragmatisch erinnere ich daran, dass ich manchmal den Eindruck hatte, dass die leistungsstarken Kinder durchaus absichtlich in den leistungsschwächeren Kursen gehalten wurden, um das Niveau auch ein bisschen anspruchsvoll zu machen. Da sind dann auch solche Dinge zu berücksichtigen.

Umgekehrt darf ich daran erinnern, nur als letztes Beispiel: In Berlin hatten alle Wissenschaftler gesagt, mach jahrgangsübergreifendes Lernen, lieber Herr Professor Zöllner, Schulsenator von Berlin. Das ist der Weisheit letzter Schluss. Und es ist auch eine Form der Binnendifferenzierung, eine sehr weitgehende, weil Schülerinnen und Schüler, die älter sind, natürlich auch in der Regel leistungsstärker sind. Und das hat der gute Mann mit einer enormen Verve angegangen und ist am Ende, finde ich, zu Recht, zum Pragmatiker geworden und hat gesagt, nun ist aber mal Schluss. Bevor ich hier sämtliche Schulen in Krawall bringe und die Schüler überhaupt nichts mehr lernen... Und Lehrerinnen und Lehrer kann man nicht mal eben wie mit einem Knopfdruck umschalten, und deswegen bleibt mein Statement, das mögen die Schulkonferenzen vernünftig entscheiden und jeweils von Schule zu Schule auf die Kollegen und auf die Schüler vernünftig abstimmen.

Vorsitzender: Frau Prien hat das Wort.

Abg. Karin Prien: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Auch von unserer Seite zunächst mal ganz herzlichen Dank für die vielen wertvollen Beiträge, die wir heute Abend gehört haben. Und erlauben Sie mir vielleicht die Anmerkung: Ich war sehr betroffen von dem Vortrag von Ihnen, Herr und Frau Richert. Einzelfälle haben immer eine ganz besondere Geschichte, die werde ich auch an dieser Stelle mit Sicherheit nicht aufrollen, aber ich kann Ihnen sagen, dass Sie zumindest mein Mitgefühl haben und ich mir sehr wünsche für Sie, dass Sie doch noch zu einer Lösung kommen, die Ihrem Sohn und Ihnen auch gerecht wird.

Von diesem Einzelfall weg zu den eher verallgemeinerungswürdigen Fragen, die uns heute beschäftigen, finde ich, hat Frau Kloppenburg sozusagen einen kleinen Überblick uns dargestellt, um welche Themen es eigentlich geht und wo auch die Stellschrauben sind, die das Gelingen der Schulform Stadtteilschule, die wir – und das will ich ausdrücklich für meine Fraktion sagen – nicht nur mit auf den Weg gebracht haben, sondern nach wie vor auch für eine richtige Entscheidung als eine von zwei Säulen des Hamburger Schulsystems halten. Wir sind auch mit Ihnen, Herr Senator, der Auffassung, dass es eine junge Schule ist und dass sie Rückenwind braucht. Das heißt aber andererseits nicht, dass man sie nicht kritisieren dürfte im Einzelfall, und dass es nicht Sachverhalte gäbe an den Stadtteilschulen

oder einzelnen Stadtteilschulen, denn tatsächlich muss man da so differenzieren, die angesprochen werden müssen. Und es geht dann eben in einem politischen Diskurs leider auch nicht anders, als es öffentlich zu tun. Also so eine Art kritikfreier Raum kann die Stadtteilschule nicht sein. Aber es geht natürlich auch immer um die Frage des Wie und wie man Kritik äußert, und auch um die Frage, ob man die Kritik äußert, um eine Schule zu diskreditieren, oder ob man es tut, um sie eben weiterentwickeln zu wollen.

An diesem Prozess in dem zweiten Sinne wollen wir uns gerne und werden wir uns auch weiter beteiligen.

Frau Kloppenburg hat zunächst einmal auf einen für mich ganz entscheidenden Punkt hingewiesen, und das ist die Frage der Grenzen der Individualisierung. Wir haben es mit Juul in Berlin ja eben selber angesprochen, Herr Senator. Solche möglicherweise sogar guten Ideen scheitern leider dann immer am Menschen, nämlich da, wo Lehrkräfte ein Konzept umsetzen müssen, die das aus Gründen, die man ihnen gar nicht zum Vorwurf machen kann, jedenfalls in vielen Fällen nicht zum Vorwurf machen kann, wo sie es nicht beherrschen, wo sie sich nicht umstellen können, nicht umstellen wollen. Wo möglicherweise Schulleitungen nicht in der Lage sind, solche Konzepte mit einem Kollegium umzusetzen. Und mein Eindruck ist, dass das mit dem individualisierten Lernen bei uns in Hamburg auch ein bisschen so ist. Jedenfalls sind wir da noch ganz am Anfang auch eines Weges, und in der Kombination mit der Inklusion, die natürlich eine sozusagen besondere Ausprägung der Individualisierung darstellt, ähnlich wie die Hochbegabtenförderung, führt dies an manchen Schulen in manchen Klassen zu kollapsähnlichen Situationen, die dann eben niemandem mehr gerecht werden. Keinem einzelnen Kind gerecht werden, oder aber zu dieser wunderbaren Zettelwirtschaft, die einfach nur darin besteht, dass man jedem Kind immer einen eigenen Zettel gibt und Unterricht eigentlich gar nicht mehr stattfindet. Beides halten wir für keine besonders glückliche Ausprägung von Unterricht, und insofern gibt es an dieser Stelle große Fragezeichen.

Fördern statt Wiederholen ist, wie Frau Kloppenburg völlig zu Recht ausgeführt hat, auch ein wirklich wunder Punkt, weil Fördern und Wiederholen nämlich auch eine wirklich gute Idee ist. Auch die haben wir gemeinsam so beschlossen. Aber Fördern und Wiederholen ist natürlich auch nur dann sinnvoll, wenn es tatsächlich individuell geschieht und wenn eine Verzahnung zwischen dem Unterricht am Vormittag und der additiven Lernförderung, nämlich nur die findet ja in Hamburg im Augenblick statt, entgegen auch der ursprünglichen Idee, wenn eine entsprechende Verzahnung stattfindet. Und wo das nicht gewährleistet ist, bringt eben Fördern statt Wiederholen nicht viel. Der Verweis auf das Sitzenbleiben, das ja doch stattfindet ... Das mit Flexibilität zu bezeichnen, wird, glaube ich, der Sache nicht so richtig gerecht. Weil diese Fälle von Sitzenbleiben sind eben meistens dann doch sehr verzweifelte Taten, die auch dazu führen, dass Kinder dann über Monate nicht wissen, in welcher Schule sie weiter beschult werden sollen, weil es keine Schulen mehr gibt, die sie aufnehmen, und die dann am anderen Ende der Stadt landen. Das sind alles auch keine schönen Einzelschicksale, und deshalb brauchen wir aus unserer Sicht ein anderes Verfahren zum Sitzenbleiben, das auch aus unserer Sicht nur in pädagogisch gerechtfertigten Fällen stattfinden sollte, aber eben geregelt.

Inklusion, meine Damen und Herren, ist aus unserer Sicht in Hamburg im Moment kein Erfolgsmodell, und ich glaube auch, anders als Sie, Herr Senator, der das ja auch ähnlich sieht, nicht, dass man das einfach nur so laufen lassen kann, so nach dem Motto, das wird schon irgendwann. Irgendwann können die Lehrer das schon und irgendwann gewöhnen die sich schon daran. Im Augenblick fahren Sie da eine ziemlich brachiale Methode, und die geht eben zulasten sowohl der Kinder mit Förderbedarf als auch zulasten derjenigen ohne Förderbedarf. Und wenn Herr Katzer hier gesagt hat, Inklusion kann auch eine Bereicherung für eine Schule darstellen und soll dies auch sein, dann ist das im Augenblick an vielen Schulen eine fast zynische Beschreibung. Nicht von Ihnen, Herr Katzer, sondern wenn man

diese Beschreibung auf die Schulen anwendet, für die das alles andere als – im Augenblick – eine Bereicherung darstellt.

Ein bisschen enttäuscht war ich über Ihre Ausführungen, Herr Senator, zum Thema Differenzierung. Also Sie haben ja von sich aus gar nichts dazu gesagt und dann auf Nachfrage von Herrn Holster nur so ein bisschen, so nach dem Motto, es soll mal jeder so machen, wie er es am besten kann. Ja, das finde ich auch: Es soll jeder so machen, wie er es am besten kann. Ich fürchte nur, im Moment machen viele es eben nicht so, wie sie es am besten können. Wir kennen die guten Beispiele der Schulen, die ohne äußere Differenzierung arbeiten, und wir kennen auch die sehr guten Beispiele von Schulen, die es mit äußerer Differenzierung machen. Das hat unsere Große Anfrage hier auch ergeben. Aber es gibt eben dazwischen eine ganze Menge Schulen, bei denen läuft weder das eine noch das andere richtig gut, und wir würden uns wünschen, zumindest für einen doch deutlichen Übergangszeitraum, in dem die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer vorangetrieben werden kann, dass zumindest die Mindeststandards der KMK an allen Schulen, die nicht ein nachweislich überzeugendes Konzept der inneren Differenzierung haben, auch zur Anwendung gelangt. Da hätte ich mir von Ihnen heute tatsächlich etwas mehr gewünscht.

KESS 12, KESS 13, da, muss ich ganz ehrlich sagen, da bin ich ein bisschen empört. Wir haben tatsächlich die Ergebnisse der Kurzberichte im letzten Frühherbst bereits gehabt. Wir haben das Thema hier in diesem Ausschuss nicht diskutiert, immer mit Hinweis darauf, dass ja die Langfassung des Berichts erst noch komme und man das dann ja auch erst diskutieren könne. Jetzt kommt diese Langfassung des Berichts gestern Abend um 18 Uhr schlag mich tot, und darüber wollen wir jetzt hier heute beraten? Also ich werde darüber definitiv heute Abend nicht beraten und wir werden deshalb auch die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes heute Abend beantragen. Das ist einfach eine Zumutung für uns Abgeordnete und es bringt auch einfach gar nichts. So nach dem Motto, ihr hattet ja Zeit, das mal eben quer zu lesen, das wird schon reichen, weil eigentlich steht ja sowieso nichts anderes drin als in den Kurzberichten. Ja, dann frage ich mich: Was haben wir denn eigentlich das ganze Jahr jetzt gemacht? Warum haben wir denn nicht vorher dieses Thema aufgenommen? Warum kommen Sie mit Ihren vorsichtigen Vorschlägen ..., warum kommen Sie denn damit heute erst an oder gestern erst an? Das hätten Sie doch letztes Jahr im Herbst dann auch schon machen können, dann hätten wir ein wertvolles Jahr hier nicht verloren. Und das ist auch klar: Die Stadtteilschule braucht Zeit, aber die Stadtteilschule hat vielleicht gar nicht so viel Zeit, weil die Menschen nämlich mit den Füßen abstimmen, wenn sich keine erheblichen Veränderungen einstellen. Und deshalb, das muss ich ganz ehrlich sagen, das ist ärgerlich für uns als Abgeordnete, aber es ist vor allem ärgerlich für die Schülerinnen und Schüler und die Lehrerinnen und Lehrer an den Stadtteilschulen.

Meine Damen und Herren! Aus unserer Sicht sind die Vorschläge, die der Senator vorgelegt hat, zumindest soweit wir sie erkennen konnten, nicht unterfüttert durch eine Planung, aus der wir erkennen könnten, wann wirklich Veränderungen eintreten. Frühestens zum nächsten Schuljahr, das haben wir verstanden, aber was da eigentlich geschehen soll, wie viele Lehrerinnen und Lehrer, Gymnasiallehrer, und wie viele Fachlehrer und wo Sie die auch herholen wollen ... Sollen die von den Gymnasien kommen, ist das vielleicht der Plan? Das wäre auch eine ganz konkrete Frage, wo denn ... Wie viele neue Gymnasiallehrkräfte und wie viele neue Lehrkräfte in den Fächern Mathematik, Fachlehrer in Mathe und Naturwissenschaften – und, Frage: auch Deutsch? – sollen denn nun ab nächstem Jahr zusätzlich an den Stadtteilschulen unterrichten? Was passiert mit den Nicht-Gymnasiallehrern, die jetzt an den Stadtteilschulen unterrichten? Also diese ganze Mechanik ist mir unklar, und dazu hätte ich gerne eine Antwort.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Ja, zur äußeren und inneren Differenzierung ist viel gesagt worden. Nur so viel: Die jetzige Regelung sieht vor, dass die Schule das selber beschließt. Und wenn Sie, Frau Prien, sagen, die Schulen machen das, wählen sich etwas aus, was sie selber nicht können, dann glaube ich durchaus an die Vernunft der Schulen, die erkennen, welches der Weg ist, der für die Kinder und für die Lehrkräfte der jeweiligen Schule der geeignetste ist. Es ist von außen wirklich noch schwerer zu bewerten. Von außen jetzt der einen Schule zu sagen, du machst Binnendifferenzierung, und du machst äußere Differenzierung, halte ich für ein mindestens ebenso verwegenes Unterfangen.

Dann möchte ich noch ergänzen zu den Vorschlägen. Also so unkonkret ist es ja nun auch wieder nicht. Wir hatten darauf hingewiesen, dass wir die Zahl der Unterrichtsstunden erhöhen wollen. Eine Geschichte übrigens, die ein Stückweit eingreift in die schulischen Wirkmechanismen, das wissen wir alle, aber auch in der Vergangenheit hat es solche Eingriffe gegeben und die Schulen haben damit umgehen gelernt. Es ist ja, darf ich daran erinnern, auch schon unter Schwarz-Grün in der Stundentafel das eine oder andere verändert worden. Und die Zeiten, die wir hier jetzt vor uns haben, sind durchaus angetan, zu sagen, das ist etwas, von dem ich mir gut vorstellen kann – die Unterrichtszeit zu erhöhen –, was man auch relativ zügig umsetzen kann. Hier muss man sich allerdings auch mit den jeweiligen Schulen vernünftig ins Benehmen setzen, denn ich möchte nicht, dass gelungene pädagogische Konzepte jetzt zerstört werden dadurch.

Die zweite Geschichte, nach den Lehrkräften. Ich hatte in der Pressekonferenz bereits deutlich gemacht, dass es um zwei Aspekte geht: Mehr Gymnasiallehrkräfte, das können wir nur durch Zuwachs und langsamen, über Pensionen und Lehrerwechsel bedingten Wechsel einleiten. Und deswegen ist das ein eher langfristigeres Projekt, das wir allerdings durchaus beginnen können. Wir haben viele Bewerberinnen und Bewerber auch aus anderen Bundesländern. Ich hatte schon damals gesagt, an einem Referendariat ist bei den Gymnasialbewerbungen die Quote bei 10:1. Es gab Jahre, wo wir alle Bewerber abgelehnt haben, die 1,1 und schlechter waren, weil wir nur noch 1,0 Gymnasialreferendare eingestellt haben. Dieser Wahnsinn zeigt – übrigens, Klammer auf, er zeigt auch ein bisschen die Zensurenverlotterung an den Universitäten, Klammer zu – aber er zeigt auch auf der anderen Seite, dass wir es sicherlich nicht schwer haben werden, genügend Gymnasiallehrer zu bekommen. Das Tempo allerdings ist durch den Wandel der Schulen ein Stückweit vorgegeben. Wir werden hier keineswegs irgendwelche Zwangsversetzungen einleiten. Das hat noch niemanden in der Schulwelt glücklich gemacht, die Kinder am allerwenigsten.

Der nächste Punkt ist auch ein Punkt, der schneller gemacht werden kann, als man so gemeinhin denkt, nämlich die höhere Fachlichkeit der Lehrkräfte sichern. Sie hatten, glaube ich, selber mit einer Kleinen Anfrage – nein, es war Frau Heyenn, wenn ich mich richtig erinnere – einmal sehr genau abgefragt, wie ist das eigentlich gemacht. Dabei hat sich herausgestellt, dass viele Stadtteilschulen zwar durchaus die Möglichkeiten haben, dass sie aber bisher aus pädagogischen Konzepten, von denen wir jetzt in der Tat glauben, dass sie überholt sind, der Fachlichkeit nicht eine solche Bedeutung beigemessen haben und deswegen ein bisschen gelassener, sage ich mal, auch fachfremde Lehrkräfte eingesetzt haben – anders als die Gymnasien, die hier ja immer sehr konsequent gewesen sind und teilweise Quoten von 98 und 99 und sonstigen Prozenten erreicht haben. Ich kann mir deshalb vorstellen – das ist dann auch eher eine organisatorische Frage –, dass es uns durchaus kurzfristig gelingen kann, den Anteil der Fachlehrkräfte deutlich zu erhöhen, schlicht deshalb, weil sie da sind und einfach anders eingesetzt werden müssen. Einfach sage ich jetzt mit leichter Hand. Ich weiß selber, nachdem ich diese Stundenplansoftware einmal mir haben zeigen lassen, was das mittlerweile bedeutet, in einer Stadtteilschule mit über 1000 Schülern und über 100 Lehrkräften einen vernünftigen Stundenplan, einen Einsatzplan zu machen. Aber dass es prinzipiell geht, zeigen viele Gymnasien. Deswegen rechnen wir damit, dass wir den Anteil von Fachlehrern auch relativ zügig in der

Zusammenarbeit mit den Schulleitungen und den ..., insbesondere die Stellvertreter machen ja meistens den Stundenplan, durchaus zügig erhöhen können.

Langfristiger ist in der Tat die Frage nach den Lehrplänen, das will ich ganz offen sagen. Dass wir jetzt innerhalb von kurzer Zeit aufgrund universitärer Einsichten die Mathematikdidaktik der Zukunft finden ... Das ist, glaube ich, etwas, an dem man eher länger arbeiten lassen muss. Dennoch haben wir auch einen Punkt in unserem Konzept, bei dem ich auch kurzfristig Chancen sehe. Wir haben gesagt, wir möchten die Begabtenförderung ausbauen, und es ist mir auch sehr wichtig, gerade an den Stadtteilschulen nicht immer so zu tun, als ob wir uns dort nur um Mühselige, Beladene und Benachteiligte kümmern. Wir haben dort viele hochintelligente Kinder, die wir auch angemessen fördern müssen. Wir haben solche Konzepte schon, auch das darf ich ganz offen sagen. Gemeinschafts- und Vorgängerwerk PriMa heißt zum Beispiel eines der Konzepte mit der Universität Hamburg, auf denen man aufsetzen kann und etwas tun kann. Und deswegen, denke ich, es geht uns um Diskurs, es geht uns darum, die Schulen mitzunehmen, aber so lange, dass wir jetzt über zehn Jahre reden, müssen wir nun ehrlicherweise auch nicht reden. Ich kann mir gut vorstellen, deswegen hatte ich es auch in der Pressekonferenz gesagt, dass ein Teil dieser Aspekte durchaus 2015 mit Schuljahresbeginn umgesetzt werden kann.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Frau Dr. von Berg.

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe ganz viele Fragen, aber ich fange erst einmal mit zwei Fragekomplexen an. Und zwar ist hier mehrfach ... Also ich gucke auch noch mal auf die Drucksache "Bilanz starke Stadtteilschule", und zwar einmal, um das Thema Mehr an Stellen, also Lehrerstellen oder auch überhaupt pädagogische Stellen, und auf das ganze Gesamtwerk der Inklusion. Und zwar würde ich wirklich gerne wissen, weil ich habe es in verschiedenen ..., immer mal wieder hier und da Zahlen herausgesucht aus der Drucksache, wo das Mehr an Stellen wirklich bleibt, aber da sind immer noch Lücken, würde ich gerne wissen, entweder zu Protokoll gegeben oder vielleicht auch gleich hier, wie sich dieses Mehr an Stellen, von dem immer geredet wird, aufteilt auf Lehrkräfte auf der einen Seite, andere pädagogische Kräfte auf der anderen Seite. Und dann würde ich wirklich gerne wissen, mit welchen Effekten ..., oder wo bleiben diese Stellen? Also Thema kleinere Klassen, systemische Ressource, mehr Schülerinnen und Schüler, Ressourcen für Kinder mit speziellem Förderbedarf und das Aufwachsen des Ganztags. Weil ich zumindest die Wahrnehmung habe, dass da unter Umständen auch durchaus mit Nebelkerzen geworfen wird. Das Dunkelfeld hätte ich gerne erhellt. Und ich würde dann auch gerne wissen auf der anderen Seite, wie viel Stellen an den Sonderschulen und ReBBZ dann auch abgewachsen und sozusagen in die Stadtteilschulen übergegangen sind, um tatsächlich auch eine Bilanz zu haben.

Dann zum Thema Inklusion würde ich gerne wissen, das ist ... Zum Beispiel auf Seite 1 wird ja gesprochen auch von der systemischen Ressource. Wir kennen auch alle die Inklusionsdrucksache. Da wird, auch an anderer Stelle, gesagt, dass die Verteilung der Ressourcen nun gerechter sein soll und auch die Verteilung der Kinder nun direkt gerechter sein soll. Ich frage mich, wie eine gerechtere Verteilung zu vereinbaren ist, wenn vier Kinder auf Klassen verteilt werden, gleichzeitig diese Klassen, also diese Schulen aber in einem derartigen KESS-Faktor sind, dass sie eigentlich gar nicht vier Kinder haben dürften, sondern maximal eines pro Klasse. Ich will es Ihnen gerne ausrechnen. Wenn irgendeine Schule vielleicht einen KESS-Faktor 5 hat, glaube ich, dann dürfte eigentlich nur 2 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf haben, also LSE-Kinder, hat aber tatsächlich vier Kinder pro Klasse aufgenommen, weil viele Stadtteilschulen tatsächlich jetzt auch Verantwortung übernehmen für die anderen Schulen mit, hat also 16 Prozent der Kinder zum Beispiel mit LSE, also LSE-Kinder. Und da würde ich gerne mal wissen: Wie passt das eigentlich zusammen? Was ist daran gerecht? Ich kann das einfach noch nicht verstehen.

Und dann würde ich auch gerne in dem Kontext wissen: Was machen Sie eigentlich – weil vorhin klang das ja auch an, haben Sie selber auch schon gesagt, dass Sie die Diagnostik auf neue Füße stellen –, was machen Sie eigentlich, wenn tatsächlich bei der Diagnostik rauskommen sollte, wenn man sie sich nicht schön macht, dass die Zahl der Kinder hochgegangen ist? Wir alle gehen davon, glaube ich, aus, dass es mehr Kinder sind als die 4 Prozent oder die 5 Prozent in ganz Hamburg, 4 Prozent, die eigentlich an den allgemeinbildenden Schulen sein sollen. Was passiert, wenn es wirklich 7 Prozent sind und dementsprechend 14 Prozent an den Stadtteilschulen? Denn das sind die Zahlen, die ich kenne. Wenn man mal guckt auf die Kleinen Anfragen, sind es über 14 Prozent der Kinder in einem fünften Jahrgang der Stadtteilschule, die Förderbedarf im Bereich Lernen, Sprache, emotional-soziale Entwicklung haben, aber gerechnet wird mit nur 8 Prozent. Darauf hätte ich gerne eine Antwort, denn es ist heute in der Anhörung leider nicht so rausgekommen, wie ich es eigentlich aus vielen Netzwerken, Telefonaten, Gesprächen und so weiter kenne, dass wirklich die Lehrkräfte verzweifeln an der Vielzahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, und ich würde da gerne eine Antwort drauf haben, und ich glaube, die Lehrkräfte und Schulleitungen habe das auch verdient.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Herr Senator.

Senator Ties Rabe: Was den Stellenzuwachs angeht, finden Sie ja in der Drucksache auf Seite 10 ein paar Einzelheiten. Hier steht, dass es 311 zusätzliche Stellen für die neuen Angebote im Bereich von Ganztage und Inklusion gibt, und 222 zusätzliche Stellen ermöglichen kleinere Schulklassen und mehr Unterrichtsvorbereitungszeit, letztere also kommen sozusagen den Lehrkräften, der Qualität von Unterricht, direkt zugute. So gliedert sich das auf. Ich habe das jetzt nicht ganz richtig verstanden, was jetzt noch ergänzt werden soll. Wir haben bei den gesamten Zahlen vielleicht nicht den Stichtag genannt, an dem wir den erhoben haben. Das können wir sicherlich gerne zu Protokoll nachreichen.

Dazu gab die BSB mit Datum vom 10. November 2014 zu Protokoll:

Drs. 20/11526 „Bilanz starke Stadtteilschule“: Aufwuchs der Lehrerstellen im Bereich Inklusion; Nennung des Stichtags der Erhebung

Die in der Drs. 20/11526 genannte Zahl von 500 Lehrerstellen, die in den Stadtteilschulen für die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zur Verfügung stehen wird, ist eine absolute Zahl, die sich auf den Zeitpunkt 01.08.2017 bezieht. Dann wird die Ressourcenzuweisung für Inklusion gemäß Drs. 20/3641 in allen Klassenstufen durchgewachsen sein.

Die andere Frage betrifft das Ergebnis der LSE-Diagnostik. Ich will zunächst einmal darauf hinweisen, dass es bei der LSE-Diagnostik keine klaren Maßstäbe gibt, weder in Hamburg, noch in der Wissenschaft, noch in Deutschland überhaupt. Wir haben eine große Grauzone zwischen dieses Kind lernt langsam, dieses Kind ist schlicht im Unterricht weniger leistungsstark, dieses Kind hat, vielleicht bedingt durch das Elternhaus, bestimmte Sprachschwierigkeiten, vielleicht Verhaltensauffälligkeiten, und dann irgendwann der sonderpädagogische Förderbedarf. Wann setzt der ein? Diese Differenzierung ist auch in der Sonderpädagogik hochumstritten, von Bundesland zu Bundesland hochverschieden, wie Sie wissen, wenn Sie sich das angucken. Es gibt machen Flächenstaaten, die haben weit weniger LSE-Kinder als wir, theoretisch, und andere, die scheinbar die gleiche Gliederung haben, bringen es auf die dreifache Zahl. Auch hier merkt man die Unklarheit der Kriterien. Das vorausgesetzt, war der erste Grund, diese Diagnostik einzuführen, ein anderer. Ob wir

hier jemals eine klare Wahrheit ermitteln können, die eine Grenze definiert zwischen das ist noch Lernförderung, das ist ein Langsamlerner, das ist ein Zappelphilipp und das ist wirklich schon ein sonderpädagogischer Förderbedarf, ob das jemals gelingen wird, das mag die Zukunft bringen.

Unser Grund, die Diagnostik zu schärfen, war das von Ihnen andere angesprochene Problem, nämlich die Frage, wie kriegen wir es denn eigentlich hin, überhaupt zwischen der Ressourcenzuteilung und der Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in irgendeiner Form eine vernünftige Relation herzustellen. Wir sind der Überzeugung, dass die jetzigen diagnostischen Instrumente zu einer erheblichen Unklarheit im Maßstab führen, wo die eine Schule sagt, das ist förderbedürftig, und die andere Schule sagt das nicht. Welche von beiden recht hat, ist ohnehin schwer zu entscheiden, aber ich wünsche mir, dass sie wenigstens nach dem gleichen Maßstab urteilen, damit wir nämlich endlich dahin kommen, dass wir bei den Stadtteilschulen einen Gratmesser haben dafür, wo wirklich besonders viele Kinder und wo besonders wenige Kinder sind. Das ist der eigentliche Grund dieses diagnostischen Verfahrens. Wir brauchen einen hamburgweiten Maßstab, der nicht zwischen Billstedt und Neuallermöhe unterschiedlich ist. Mein bisheriger Eindruck ist schon, dass die jetzt genannten LSE-Zahlen nicht nach gleichen Maßstäben erfolgt sind. Wenn wir sie ernst nähmen, müssten wir teilweise aus hochbelasteten Stadtteilen Lehrkräfte abziehen und sie in andere Stadtteile geben, wo wir jetzt nicht drauf kommen würden, dass die hier eine besondere Belastungssituation haben. Und deswegen lag mir mit diesem Verfahren daran, Maßstabsgleichheit in Hamburg herzustellen.

Die zweite Frage, Frau von Berg, was ist, wenn der Maßstab insgesamt nicht zu 4 oder 5 Prozent – hier vielleicht noch die kleine Differenzierung zu den Ausführungen von Herrn Katzer: Wir gehen von 5 Prozent LSE-Kindern aus, von denen sich 4 Prozent in den allgemeinen Schulen befinden, wir gehen nicht pauschal von 4 Prozent aus –, aber wenn die Zahl insgesamt jenseits von 4 oder 5 Prozent ist, dann haben wir alle gemeinsam die Frage zu beantworten, ist jetzt hier noch mit Stellen etwas zu erreichen oder geht es jetzt eher darum, eine Gerechtigkeit in der Verteilung herzustellen. Und wenn ich unsere gemeinsame Schalthoff-Diskussion, die ich mir gestern im Internet noch einmal angeguckt habe, rekapituliere, dann habe ich den Eindruck, dass alle Parteien sicher sind, jedenfalls die, die dort vertreten waren, dass nach dem gewaltigen Stellenaufwuchs in dem Hamburger Schulsystem hier keine großen Sprünge mehr zu erwarten sind, sondern wir eher dahin gehen, hier eine gerechte Verteilung herzustellen, aber nicht überall einen Zuwachs noch zu ermöglichen.

Ich weise auch noch einmal darauf hin: Wenn wir hier 222 zusätzliche Stellen für kleinere Schulklassen und mehr Unterrichtsvorbereitungszeit genehmigt haben, sind das auch Stellen, die ja für die Inklusion durchaus maßgeblich sind. Eine kleinere Schulklasse fordert sicherlich nicht die gleiche Konzentration und Aufmerksamkeit, oder andersherum, sie ermöglicht pro Kind eine höhere Konzentration und Aufmerksamkeit als eine große Schulklasse. Eine höhere Unterrichtsvorbereitungszeit beziehungsweise eine geringere Unterrichtszeit ermöglicht zugleich auch, sich um einzelne Kinder jenseits des Unterrichts besser zu kümmern. Und deswegen muss man auch diese vielfältigen zusätzlichen Verbesserungen mit einbeziehen, wenn es darum geht, zu fragen, reicht die Ressource aus.

Ich darf am Ende auch darauf hinweisen, dass Sie alle wissen, dass wir ja nicht ganz allein auf der Welt sind, sondern dass wir 15 andere Bundesländer haben. Das Thema Inklusion ist überall ein Thema. Einige Bundesländer sind nach wie vor weiter als wir. Mir ist kein Bundesland bekannt, das mehr Ressourcen zur Verfügung stellt. Und wenn ich an Berlin und Bremen denke, kann man auch nicht sagen, dass Hamburg hier eine ganz schwierige Stadt ist, sondern das sind, glaube ich, ähnliche soziale Verhältnisse. Deswegen, finde ich, ist der Maßstab, an dem wir uns hier orientieren, als Bundesmaßstab für uns Anlass, zu sagen, das, was da ist, möchten wir vernünftig und gerecht verteilen. Wir wollen nicht, da haben Sie Recht, eine Schule mit einem hohen KESS-Faktor mit vier Schülern, die in Wahrheit nicht die

entsprechenden Mittel dann abgebildet bekommen in der systemischen Ressource. Das wollen wir nicht. Diese Schülerverteilung wollen wir KESS-Faktor-gerecht auch sicherstellen. Aber dass jetzt hier noch große Nachbesserungen im Bereich der zusätzlichen Stellen erfolgen, schien mir nicht nur in der jetzigen Lage des Stellenaufwuchses der Vergangenheit als SPD, sondern, wenn ich mir die Sendung angeguckt habe, auch von den anderen Parteien nicht als realistisch angesehen zu sein.

Vorsitzender: Eine Nachfrage von Frau Dr. von Berg.

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Herr Senator, Sie sind vor allen Dingen die Antwort schuldig geblieben auf die Frage, was machen Sie denn nun mit diesen Schulen, die tatsächlich einen anderen KESS-Faktor haben, aber sehr viel mehr Kinder, als ihnen eigentlich zugesteht. Also das wissen wir alle, dass tatsächlich in der Stadt – und das finde ich ja auch gut, das begrüße ich sehr – eine große Solidarität unter den Stadtteilschulen ist, die gesagt haben, die Schulen, die mal wirklich begünstigt waren, wenig LSE-Kinder hatten, die gesagt haben, wir übernehmen Verantwortung, damit die anderen Schulen nicht völlig den Bach runtergehen. Nun sind die aber KESS 5 oder KESS 4. KESS 5 hat 2,8 Prozent eigentlich und KESS 4 5,7 Prozent Kinder mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf. Die haben aber dann diese vier Kinder auf eine fünfundzwanziger Klasse, das heißt, 16 Prozent der Kinder. Deswegen noch einmal: Was machen Sie mit diesen Schulen, um das auszugleichen? Das ist die Gerechtigkeitsfrage, gerechte Verteilung der Kinder auf der einen Seite, aber gerechte Verteilung der Ressourcen auf der anderen Seite auch. Deswegen fordern wir ja den Inklusionsfonds, für genau solche Ungleichgewichte.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Ties Rabe: Ich erinnere aber daran, dass Sie den Inklusionsfonds aus dem Vertretungsfonds finanzieren wollen,

(Abg. Dr. Stefanie von Berg: Beim ersten Mal, ja. Wir haben ja dazugelernt!)

und dass es im Großen und Ganzen eine Umschichtung von Mitteln ist, die in Wahrheit niemandem einen Vorteil bringt. Also das gehört vielleicht auch dazu. Da waren ja auch nicht mehr Stellen damit verbunden. Und das Abschmelzen des Selbstbewirtschaftungsfonds beziehungsweise der Fondsmittel der Schulen, das wissen Sie selber, ist nach einem Jahr weg. Deswegen habe ich im Moment auch den Eindruck, es gibt zwischen uns durchaus Konsens. Mehr Stellen scheint keine Partei für realistisch zu halten. Aber ich sage Ihnen ausdrücklich: Die Diagnostik machen wir, um eine präzisere Zuteilung zwischen Ressource und Kindern zu ermöglichen. Und wenn sich herausstellt, ich greife ein Beispiel, dass tatsächlich – wen nehme ich denn jetzt mal – die Max-Brauer-Schule, die eigentlich einen hohen KESS-Faktor hat, tatsächlich im Verhältnis zu den anderen bei Maßstabgleichheit eine andere Quote hat, eine Quote, die sich vielleicht orientiert an der Stadtteilschule Lurup, was wir im KESS-Faktor bisher nicht abgebildet haben, dann müssen wir hier den entsprechenden Ausgleich auch herstellen, und das ist zunächst einmal über andere Lehrerrzuweisungen zu machen, bevor wir Kinder durch die ganze Stadt schicken. Aber ich rede hier von Umverteilung, das muss man dabei sagen. Aber diese Umverteilung würden wir auch vornehmen, weil wir sicher sein können, dass die jetzige Diagnostik doch zumindest nach einigermaßen einheitlichen Maßstäben möglich ist, weil das neue Diagnostikverfahren hier weniger Varianzen aufweist als die bisherigen Verfahren. Also auf gut Deutsch: Dann steuern wir so nach, dass die Ressourcen schülergerecht verteilt sind.

Vorsitzender: Frau von Treuenfels.

Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Auch noch mal, auch wenn sich der Saal hier gerade leert, von unserer Fraktion vielen Dank für den Input, den Sie uns hier geliefert haben. Natürlich möchten wir uns, also ich jedenfalls, mich auch

noch einmal auf Frau Kloppenburg beziehen, weil ich das schon wirklich sehr interessant fand, was Sie hier gesagt haben. Sie sind heute der Star des Abends, wie Sie sehen, jeder bezieht sich auf Sie. Die Dinge, die Sie da angemerkt haben, das mal vorweg geschickt, entsprechen in großen Teilen eigentlich dem, was wir hier auch schon oft in der Bürgerschaft diskutiert haben. Dieses Prinzip Fördern statt Wiederholen zum Beispiel zu verbessern, ist, glaube ich, unser aller Anliegen. In Klassenwiederholungen sind es, glaube ich, wir in erster Linie, die das fordern, dass das unbürokratischer wieder zugelassen wird. Da streiten sich die Geister. Aber auch da stehen wir dazu.

Ich möchte auch dazu sagen, Senator Rabe – und das geht jetzt wirklich nur an Sie –: Sie haben gestern eine Qualitätsoffensive vorgestellt. Ich möchte eigentlich sagen, das hört sich für mich so ein bisschen an, wie irgendwie alter Wein in neuen Schläuchen. Da sind so viele Dinge richtig drin, aber Sie haben so lange gebraucht, bis Sie sich endlich dazu entschlossen haben. Wir vergeuden hier wirklich relativ viel Zeit damit, Sie dahin zu bringen, dass Sie zum Beispiel ... Ich kann ja mal zwei Beispiele bringen, das Thema Rechtschreibung und das Thema Hochbegabung. Das ist von uns angeregt worden, und zum Teil auch von der CDU, Rechtschreibung. Wie lange hat es gedauert? Wie viel mussten wir hier sitzen und Expertenanhörungen und rauf und runter erst einmal durchmachen, bis Sie sich dazu entschieden haben, das zu tun? Bei der Hochbegabung finde ich toll, dass Sie das plötzlich einsehen, dass das wichtig ist. Das haben wir auch schon mal anders erlebt. Wunderbar, ich freue mich wirklich sehr darüber. Ich möchte nur, dass diese Dinge auch irgendwann mal umgesetzt werden. Man kann sich viel für alles loben, und wenn es die Ideen anderer sind, macht das auch nichts; Hauptsache, es passiert. Es muss aber auch passieren. Ähnlich verhält es sich mit dem Diagnoseverfahren. Ich kann mich an einen Schulausschuss erinnern, wo Sie gesagt haben, das Diagnoseverfahren, das brauchen wir nicht. Wir haben es beantragt, wir brauchen es immer noch nicht. Jetzt haben wir es. Ich finde es gut, dass wir es jetzt haben. Ich bin auch gespannt auf die Ergebnisse, die das rausbringt. Ich kann auch verstehen, dass man sich da lieber ein bisschen drum rum mogeln möchte, weil man auf die Ergebnisse nicht nur gespannt, sondern vielleicht auch ein bisschen Sorge davor hat. Ich möchte aber trotzdem hier und vor allem sagen, ich bin wirklich erschreckt darüber, dass hier Sachen für neu verkauft werden und für Riesenoffensiven irgendwie deklariert werden, die entweder altbekannt sind, die sowieso selbstverständlich sind, wie zum Beispiel die kleineren Klassen. Das ist der Schulfrieden gewesen. Das ist einfach alles klar. Dass dafür auch mehr Lehrer eingestellt werden, ergibt sich aus der Natur der Sache. Das möchte ich hier mal vorwegschicken. Also das ist mir wirklich wichtig, Ihnen das noch mal zu sagen.

Zwei andere Sachen, die ich Sie fragen möchte, ist: Sie haben vorhin erwähnt, dass es verschiedene Stadtteilschulen gibt, die Sie auch namentlich benannt haben, die besonders gut laufen, und einige, wo es eben sehr viel schlechter läuft. Was ist denn Ihrer Ansicht nach ..., oder was könnten denn die Stadtteilschulen, wo es wirklich gut läuft, den Stadtteilschulen, wo es eben noch nicht so gut läuft, die noch Hilfe brauchen, die wir ja auch alle wollen, sozusagen beibringen? Wie könnte man das organisieren, dass die einen von den anderen wirklich gut lernen? Gibt es dafür eine Idee von der Schulbehörde, wird da weitergeholfen, vernetzten die sich untereinander? Das wäre meine erste Frage.

Und meine zweite Frage ist zum Thema LI. Sie haben vorhin auf Frau Kloppenburg hin gesagt, es gäbe schon solche Angebote. Das Lehrerinstitut käme sozusagen auch an die Schulen, man könne das abrufen. Können Sie mir sagen, wird das abgerufen? Wird das viel abgerufen? Und wenn ja, kommen die da hin mit fertigen Konzepten oder gehen die da mal so zum Beispiel auch wie die Unternehmensberater an die Schulen, sagen, wo ist euer Problem, wie können wir euch da helfen? Das wäre meine zweite Frage. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Herr Senator.

Senator Ties Rabe: Zunächst einmal: Es ist richtig, dass es einzelne Stadtteilschulen gibt, die Probleme haben. Lassen Sie mich anfangs sagen, es gibt auch genauso viele Gymnasien mit Problemen, und anteilmäßig genauso viele Grundschulen. Es ist ein großes Ärgernis, ein großes Ärgernis, mit welcher Leidenschaft diese Stadt über Probleme mit Stadtteilschulen diskutiert, aber nicht über Problemschulen insgesamt. Das ist auch einer der Gründe, warum die Probleme an der Stadtteilschule eher größer werden, weil die anderen in den Sog dieser Diskussion mit hineingerissen werden. Das finde ich wirklich sehr schade. Und ich bin da schon verwundert, ich hatte neulich mit Schulleitern gesprochen, die sagten – die sind ja immer sehr flapsig mit ihren Kürzeln –, die Gymmis haben es drauf, die reden nicht über diese Probleme, und bums, haben sie die hohen Anmeldequoten, und das verringert gleichzeitig Probleme. Aber lassen wir diese Details einmal weg.

Natürlich wollen wir Stadtteilschulen in schwieriger Lage auch stützen. Und wir haben wirklich dort eine ganze Reihe von Punkten auf den Weg gebracht. Ich möchte Sie noch mal erinnern an unser Konzept "d.23 STARKE SCHULEN". Sie sagen, können die nicht von den anderen hospitieren? Ich erinnere daran, dass die Vorgänger-Regierung in der Tat dieses Hospitationsnetzwerk begonnen hat, das allerdings – wie soll ich mal sagen – nicht die Lebhaftigkeit erreicht hat, die wir uns dabei alle gewünscht haben, weil die Nachfrage nicht so groß war, weil man dann an Schulen kam, die waren so anders, dass nicht ganz klar war vielleicht auch für die Einzelnen, wie sie diese Bestandteile in ihre Schulen übertragen können. Deswegen haben wir an dieser Stelle ergänzend gesagt, wir machen für Schulen mit besonders herausfordernder Schülerschaft ein besonderes Unterstützungsprogramm. Und dieses besondere Unterstützungsprogramm bedeutet, dass diese Schulen erstens mehr Personal kriegen für die Klasse 5 und 6, weil dort die Kinder ankommen. Und diese Kinder brauchen Rückenwind, damit sie pädagogisch auch aufgenommen werden und in die Schulgemeinschaft eingeführt werden.

Zweitens: Die Schulen bekommen eine zusätzliche Stelle, um ein Schulkonzept und Reformen auch auf den Weg zu bringen. Da braucht man Ideen, und das ist nicht einfach so aus dem Handgelenk zu machen für diejenigen, die ohnehin schon, sage ich mal, heftig damit zu tun haben, vernünftige Arbeit zu machen. Und deswegen gibt es hier für diese Stadtteilschulen jeweils eine volle Ergänzungsstelle zur Konzeptentwicklung.

Drittens: Wir wissen, dass wir auch von außen Impulse brauchen. Wir haben deshalb gesagt, für diese Stadtteilschulen setzen wir eine Expertentruppe ein von hocherfahrenen und sehr guten Lehrkräften, die wir handverlesen in einem hochkomplizierten Bewerbungsverfahren, das am Ende leider sogar vier Monate gedauert hat, damit es wirklich die Besten sind, aus. Und diese Lehrkräfte, die binden wir zusammen in eine Expertengruppe, und die betreuen jeweils eine Stadtteilschule. Gehen dort in den Unterricht hinein, gucken hinten zu, reden mit den Kollegen, wie der Unterricht verbessert werden kann, und machen sozusagen direktes Coaching. Und wenn wir uns immer wieder streiten über das berühmte Grundsatzreferat, das da aufgelöst worden ist, von dem Sie selber wissen, dass es nur eine einzige Stelle war, dann sage ich Ihnen ganz offen: Diese Kolleginnen und Kollegen, die weitaus mehr Stellen kosten, sind aus meiner Sicht viel wichtiger, weil sie direkt den Lehrkräften mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Ich darf hier auch noch ergänzen, dass zu dem Konzept dazuzählt, dass wir Eltern und Schüler stärker in die Verantwortung einbinden wollen. Und wenn wir uns gerade erfolgreiche Schulen angucken, dann muss man sagen, die haben in der Regel auch engagierte Eltern. Ich glaube, der eine Gast, ich glaube, es war Herr Grenz oder so, der ja auch als Elternvertreter an der Goethe Schule tätig war, ist ein Beispiel dafür, dass diese erfolgreichen Schulen es schaffen, Kräfte in den Schulalltag mit einzubinden. Das gelingt aber nicht jeder Schule, und solche Kräfte zu wecken ist ein hoch mühsames und langsames Verfahren. Und deswegen haben wir hier, wie Sie wissen, über den Europäischen Sozialfonds, Mittel akquiriert, um Eltern und Schülerlotsen in diesen Schulen auszubilden und damit diesen Schulen zusätzliche Kräfte zu geben.

Und zuletzt, will ich auch noch nennen, dass es in dieser Stadt ohnehin viele Kräfte gibt. Wir sind Stiftungshauptstadt, wenn es um Bildung geht. Ich habe vor kurzem – es war heute Mittag sogar, fällt mir gerade ein –, WiWo eine Initiative der deutschen Wirtschaft Rückenwind für zwei Grundschulklassen, im Übergang übrigens in die weiterführenden Schulen. Es ist deshalb uns auch wichtig, diese Kräfte gezielt auf diese Schulen zu fokussieren, die mehr Rückenwind brauchen. Und da haben wir insofern aus meiner Sicht ein vernünftiges Maßnahmenpaket geschnürt, als Rückenwind für diese Schulen, die es im Moment schwer haben. Übrigens sind wir immer sehr schnell und sagen, ja, das sind die ehemaligen Haupt- und Realschulen. Ich darf ganz offen sagen, das stimmt so nicht. Sie haben ja über Anfragen dasselbe abgefragt. Es sind Schulformen aller Vorgänger-Schulformen dabei, und hier kann man nicht pauschal sagen, die oder jene. Und es sind auch nicht automatisch Aussagen über die Qualität der Schule, sondern eher Aussagen über die Sorgen der Schülerschaft, die wir mit der Auswahl verknüpft haben. Das darf man dabei auch nicht vergessen. Aber diese Maßnahmen haben wir gemacht, um diese Schulen zu unterstützen.

Zur zweiten Frage, was ist denn eigentlich nun mit den Fortbildungen des Landesinstituts. Da würde ich Herrn Dr. Heinrichs kurz bitten darzustellen, ob es ganz selten vorkommt oder doch häufiger ist, dass das Landesinstitut Fortbildung an den Schulen macht.

Herr Dr. Heinrichs: Ja, gern. Frau Abgeordnete, die Fortbildungsangebote des Landesinstituts teilen sich im Kern in zwei Maßnahmenebenen. Das eine sind die zentral durchgeführten Maßnahmen, die zum Beispiel in der Fortbildung in Jahreskursen im Bereich von Darstellendem Spiel oder von Theater stattfinden, oder die im Bereich von Mathematik-Jahreskursen stattfinden. Aber auch Maßnahmen, die kürzere Zeit in Anspruch nehmen, also wenige Stunden nur.

Und die andere Hälfte – und das ist in der Tat ungefähr fifty-fifty, also jeweils zu 50 Prozent –, die andere Hälfte besteht in Angeboten, wo Schulen sich melden können und dann eine auf ihre Schule bezogene, vor Ort in der Schule durchgeführte Fortbildung erfahren. Also ungefähr die Hälfte aller Maßnahmen des Landesinstituts basieren auf Maßnahmen innerhalb der Schulen. Außerdem gibt es eine sogenannte Agentur für Schulbegleitung, in der ungefähr 85 Prozent aller Schulen im Laufe eines Jahres sich spezielle Unterstützung einfordern oder erbitten. Und die bestehen dann auch darin wiederum, dass da Fortbildner in die Schulen gehen.

Senator Rabe: Vielen Dank. Dann würde ich zum Schluss gerne abschließen. Frau von Treuenfels, Sie sagten, das ist ja alles viel zu spät, was ich da mache. Ich war ja auch mal in der Opposition und sage, damit kann ich leben. Das heißt konkret, dass Sie das richtig finden, was wir machen. Es ist immer alles zu spät, weil jede gute Idee auch ein Jahr vorher geboren werden konnte. Aber es ist richtig offensichtlich, was wir tun. Über diese Zustimmung freue ich mich dann doch.

Vorsitzender: Eine Nachfrage von Frau von Treuenfels.

Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels: Ich habe auch eine Nachfrage und möchte trotzdem natürlich... Darauf muss ich antworten, das ist ganz klar, denn es waren ja unsere Ideen, die Sie gut fanden und sie übernommen haben, und das hat lang genug gebraucht, das lasse ich natürlich jetzt hier nicht so stehen. Aber darum soll es mir gar nicht gehen, denn wenn Sie meinen, Sie können warten, dann kann ich immer sagen, die Schulen und die Lehrer und die Kinder, die können, glaube ich, nicht so lange warten. Also man sollte das Ganze nicht immer zu lange aussitzen.

Das ist jetzt aber gar nicht mein Punkt, sondern mein Punkt war noch mal zum LI zurück. Ich wollte nämlich auch noch mal fragen, das hatte ich vorhin in diese Fragen mit einbezogen, wie das abgerufen wird? Das war, was ich noch wissen wollte.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Vielleicht kann ich hier auch Herrn Rosenboom kurz bitten, der eben schon dazu noch eine Ergänzung...

Herr Rosenboom: Ja, ich will noch mal ganz kurz sagen, wie die LI-Fortbildung anzuschauen ist. Also diese, nach der Sie fragen, wo eine Schule sich gemeinsam in die Fortbildung begibt, sich aber gar nicht ins LI bewegt, sondern das LI seine Leute aussendet in die Schule. Und das können LI-Mitarbeiter sein, das können teilweise LI-Mitarbeiter sein, das können freie Mitarbeiter vom freien Markt sein; das war die letzte Variante. Alles ist möglich. Diese Schule bewirbt sich für ein, zwei, drei, vier Tage für eine Fortbildung. Aus dem Lehrer-Arbeitszeit-Modell ist dieses Zeitreservoir geboten. Jeder Kollege muss ja, wenn er eine Fortbildung beantragt, sie bei seinem Schulleiter ins Portfolio eintragen lassen. Sie wird von dort bewilligt.

Etwa seit 2004 haben wir diese veränderte Steuerung, weil wir damals wussten, wir haben eine hohe Zahl von Kollegen in der Fortbildung immer gehabt, aber wir wussten nie, sind es vielleicht die Gleichen? Und wir hatten immer Zweifel an der Frage, wie multipliziert sich eigentlich unsere Fortbildung in ein Kollegium. Also wenn Sie mein eigenes damals angeguckt hätten, die drei, die immer in Fortbildung waren, standen hinterher zusammen und haben besprochen, wie es war. Und die anderen haben weiter unterrichtet. Das ist veraltet. Dann haben wir umgesetzt auf systemische Fortbildung und haben empfohlen, macht doch die Zeiten gemeinsam, sodass alle Kollegen daran arbeiten können in einem Kollegium. Und jetzt haben wir diese Mischform, die der Kollege Heinrichs genannt hat. Wir haben die Teilfortbildung in der Einzelbeauftragung, aber auch über den Schulleiter. Und wir haben die systemische Fortbildung in der schulischen Fläche.

Und diese letzte Fortbildung, die ist es möglicherweise, die den größten Effekt in einer Schule hat. Weil, da muss man sich auf was einrichten, und jetzt müssen Sie einen Antrag ans LI stellen, Sie müssen sagen, wir wollen gern die und die Frage behandeln, in der und der Form, mit so und so viel Zeit. Dafür müsst ihr uns Referenten schicken. Dann wird es dort bewertet, dann kommt aus dem Landesinstitut jemand und hinterfragt, ist die Fragestellung okay, ist es der Punkt, an dem ihr seid? Dann wird das Fortbildungskonzept aufgestellt, dann werden die Referenten mit der Schule gemeinsam bestimmt, und dann erst geht es in diese Fortbildung.

Ich würde auch nachträglich noch sagen, dass diese Konzeption richtig gut ist. Die ist richtig gut, und ich glaube auch nicht, dass ein anderes Bundesland das in gleicher Form durchführen kann, weil wir diesen Riesenvorteil haben, dass der Ort im Stadtstaat überall erreichbar ist. Und dann treten die anderen Elemente hinzu, also Einzel-, Fach- und Inlandesinstitut, und eine eingreifend operative Coaching-Fortbildung durch das Landesinstitut und andere Personen. Das sind im Kern die drei Formen.

Vorsitzender: Bedankt. Frau Dr. von Berg.

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Also die eine Frage geht tatsächlich auch genau in die gleiche Richtung. Ich hatte ja vor einiger Zeit eine Veranstaltung mit Herrn Dr. Dräger, und da hat er das nordrhein-westfälische Fortbildungsmodell vorgestellt, "Vielfalt lernen". Und die genauso im Prinzip arbeiten. Und ich glaube, wir wissen alle, dass das Thema Vielfalt und Heterogenität an Stadtteilschulen die größte Chance, aber teilweise auch das größte Problem gerade ist. Und ich denke schon, dass das auch, und das macht Nordrhein-Westfalen ja auch, schon auch politisch da auch steuert und sagt, das ist unser Feld, das ist

das, was Schulen lernen müssen umzusetzen. Stadtteilschulen genauso übrigens auch wie Gymnasien, die, finde ich, dringend auch darauf eingestellt werden sollten. Deswegen würde ich jetzt gerne mal fragen, gibt es diesen politischen Willen wirklich, gerade "Vielfalt lernen" nach vorne zu bringen? Wenn ja, ich darf, glaube ich, auch nach Gymnasien fragen, ob das auch für Gymnasien ganz genauso gilt? Weil Gymnasien nicht mehr die Schülerschaft haben, die sie mal hatten. Ist das so ein politischer Wille? Und wenn ja, wie oft wurde das auch schon abgefragt? Also genau dieses Modell? Das ist das eine.

Das Zweite ist ein ganz anderes Thema, die Frage, die ich noch habe, und zwar geht es da um den Bereich Ganztage. Sie, Herr Senator Rabe, sagen immer wieder, wie sehr Sie den Ganztage nach vorne gebracht haben. Und tatsächlich, wenn man in diese Drucksache guckt, in die Bilanz "Starke Stadtteilschule", wird ja aufgelistet, wie viele Schulen in welchem Schuljahr dazugekommen sind. Ich habe mir natürlich schon vorher auch mal darüber Gedanken gemacht, wie lange braucht eigentlich so eine Gründung, so ein Vorlauf? Also da muss ja erst mal die Schulgemeinschaft auf die Seite gebracht werden, da muss man Befragungen machen, es müssen alle auch zustimmen. Dann muss die Schulkonferenz auch zustimmen, da muss der Antrag geschrieben werden, dem muss zugestimmt werden. Und dann wird es irgendwann umgesetzt. Deswegen würde ich gerne mal wissen, ob Sie oder einer hier von den Senatsvertreterinnen und Vertretern eine Ahnung hat, wie lange Vorlauf braucht so ein Antrag überhaupt, beziehungsweise bis tatsächlich das umgesetzt wird? Um doch noch mal... Das ist klar, das können Sie sich vorstellen, was mein Ansinnen ist, um noch mal deutlich zu machen, dass es natürlich ganz viel in der schwarz-grünen Regierungszeit auch auf die Schiene gebracht wurde. Das ist eben halt nicht nur Ihr Verdienst, Sie haben es weitergeführt, das ist auch gut, aber ganz viel kommt aus der letzten Legislaturperiode. Also: Wie viel Vorlauf braucht das so erfahrungsgemäß, wie viele Jahre?

Dann würde ich gern noch wissen: Auf Seite 6 sind ja die ganzen Schulformen, also die GTS-Rahmenkonzepte, aufgeführt. Da sind sieben, die nur offene GTS sind. Da würde ich gerne wissen, wie viele von denen wollten vielleicht teilgebunden oder gebunden sein, durften es aber nicht aufgrund der Schulgesetzänderung? Und wie viele von diesen neuen, teilgebundenen wollten vielleicht auch eine andere Form? Das würde mich interessieren. Vielleicht ist es möglich, das zu beantworten?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Was möglich ist, werden wir dann dazu als Protokollnotiz nachreichen. Mir sind hier allerdings nur wenig Konflikte bekannt. Auch deshalb, weil wir gesagt haben, selbstverständlich kann eine Schule, auch wenn sie die letzte zwischen lauter gebundenen Schulen ist in einem Gebiet, auch gebundene Züge anbieten. Sie muss nur die Möglichkeit aufrechterhalten, auch denjenigen Eltern entgegenzukommen, die eine offene Ganztageesschule wünschen und damit also auch ein Nachhausegehen der Kinder nach Unterrichtszeit. Und das ist übrigens mir immer ein Rätsel gewesen, warum Hamburg diese Varianz bisher nicht aufgebracht hat, das ist in anderen Bundesländern gang und gäbe, dass es in derselben Schule gebundene und offene Züge gibt, und die haben wir hier dann auch aufgeführt. Das war jedes Mal der Kompromiss, der eigentlich nach einem Gespräch zur beiderseitigen Befriedung beigetragen hat. Aber gern können wir noch mal nachrecherchieren, welche Schulen ursprünglich totale Bindung wollten und jetzt ein oder zwei offene Züge haben.

Dazu gab die BSB mit Datum vom 10. November 2014 zu Protokoll:

Drs. 20/11526 „Bilanz starke Stadtteilschule“: Aufwuchs der Lehrerstellen im Bereich Inklusion; Nennung des Stichtags der Erhebung

Bei welchen Schulen wurde dem Antrag auf Ganztagschule nicht antragsgemäß erfolgt?

Gemäß Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft vom 14. Juni 2012 ist die Behörde für Schule und Berufsbildung bei der Genehmigung von Ganztagschulkonzepten gemäß § 13 Absatz 2 a Hamburgisches Schulgesetz gehalten, regional ein Angebot an Halbtagsbeschulung sicher zu stellen. Daher konnte den Anträgen der Stadtteilschulen Oldenfelde, Blankenese, Horn und Kurt Tucholsky nicht in der ursprünglichen Fassung gefolgt werden. Die Stadtteilschule Oldenfelde wurde daraufhin zur offenen Ganztagschule weiterentwickelt, die Stadtteilschulen Blankenese, Horn sowie Kurt Tucholsky wurden zu teilgebundenen Ganztagschulen, mit der Verpflichtung im Bedarfsfall offene Züge einzurichten, weiterentwickelt. Im Übrigen siehe auch Drs. 20/7183, 20/7316 und 20/11581.

Das Zweite: Ja, Ganztag braucht einen Vorlauf, das ist richtig. Aber, Frau von Berg, Sie vergessen bei diesem ganzen Schwarz-Grün, wer war es, eine Sache. Einer muss es bezahlen. Und die Bezahlung, die passierte erst bei uns. Das gilt auch für die kleinen Klassen und vieles mehr. Das waren zwar alles schöne Ideen, die standen in irgendwelchen Papieren, aber wer macht es denn? Und wer bezahlt es und woher nimmt er es? Und das, ehrlicherweise, kann man jetzt reden, wie man will, gucken Sie sich die Haushalte an, ist nicht Sache von Schwarz-Grün gewesen, die das eben nicht bezahlt haben. Und da ist eine deutliche Veränderung. Trotzdem, Ganztag braucht Vorlauf, das ist vollkommen richtig. Allerdings ist bei dem Vorlauf auch zu berücksichtigen, dass sich die meisten Schulen für ein sukzessives Modell entscheiden, wo sie nicht mit Fingerschnippen sagen, ab übermorgen ist die – ich sage jetzt mal, Goethe Schule Harburg – eine Ganztagschule, sondern dann beginnt man mit Klasse 5 und nächstes Jahr Klasse 6. Das vermeidet Schüler- und Elternkonflikte, das sorgt für einen organischen Wandel auch, und das führt auch dazu, dass man diesen Aufbau vernünftig begleiten kann, sodass der Vorlauf in dem Sinne von Schule zu Schule hoch unterschiedlich ist. Ich erinnere an die Schule meines Parteifreundes Gerhard Lein, Gesamtschule Lohbrügge, die hat schon vor zehn Jahren Konzepte entwickelt und Ideen gemacht, die wurden übrigens immer von Regierungen abgeschmettert aus Kostengründen und nicht aufgenommen als Ganztagschule. Und da ist jetzt die Frage: Nun haben wir ihr grünes Licht gegeben, und nun wächst sie in den Ganztag – ja, wie lange war es denn nun? Das ist wirklich schwer darzustellen. Die eigentliche Vorbereitungszeit, das haben wir bei den GTS- und GBS-Grundschulen gesehen, ist sicherlich zwischen ein und zwei Jahren zu sehen, wenn es um die Schule selber geht, die sich um die vielen pädagogischen, konzeptionellen und inhaltlichen Fragen kümmert, wenn sie das organisch macht, wenn sie Kollegen mit einbindet, wenn sie Eltern mit einbindet, ist das ein Prozess, der, wenn man nicht allzu sehr trödelt, sage ich mal vorsichtig, in dieser Zeit abgeschlossen werden kann. Und das Weitere ist dann in dem Wachstum in den Ganztag hinein zu organisieren.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Prien.

Abg. Karin Prien: Also Sie haben zwar auf die Frage hinsichtlich der Fortbildung nicht richtig geantwortet, was ich sehr schade finde, weil ich das Projekt der Bertelsmann Stiftung eben auch sehr interessant finde. Aber das können Sie ja vielleicht noch mal nachholen. Aber ich habe noch was anderes, aber ich würde jetzt mal eine kleine Pause machen, wenn Sie das noch nachholen möchten.

Senator Rabe: Ja, also ich glaube, es ging um die Frage, Lernen mit Vielfalt umzugehen. Ich sage Ihnen ganz offen...

(Zuruf Dr. Stefanie von Berg: Ein Programm der Bertelsmann Stiftung sieht, ich glaube, elf Fortbildungstage vor innerhalb von zwei Jahren für ganze Schulen!)

Senator Rabe: Aber erst mal macht Herr Bertelsmann das nur für NRW. Aber ich glaube, Frau von Berg, Sie wissen doch die Antwort. Wir alle sind seit Jahren dabei – und das LI hat das zu einem großen Schwerpunkt gemacht –, genau diese Vielfalt in den Fortbildungsangeboten auch aufzugreifen. Wir haben die Referendariatsumbildung schrittweise umgestellt, ich übrigens noch mal, indem wir die Inklusion dort auch stärker verankert haben und damit einen weiteren Aspekt der Vielfalt zugeführt haben. Wir sind in Gesprächen mit der Universität Hamburg, damit sie sich an einem Bundesprogramm beteiligt, das ebenfalls diese Heterogenität schon in der ersten Phase der Lehrerausbildung implementiert. Ich glaube, es hieße jetzt, Eulen nach Athen zu tragen, zu sagen, was dort Hamburg alles macht. Und hier stimme ich Ihnen zu, das ist ein langer Prozess, der nicht erst auf der roten Regierung erwachsen ist, hier greifen wir zurück auf viele Konzepte, die bereits entwickelt sind. Aber wenn es überhaupt bei den Fortbildungen in Hamburg einen Schwerpunkt gibt, dann doch diesen. Das Gleiche gilt für die Entwicklung der Schulen.

Sie sagen zu Recht – und da war ich kurz hellhörig geworden –, dass bei den Gymnasien auch diese Aufgabe ansteht. Und ich wundere mich immer ein bisschen über die Wucht, wenn wir sagen, die Stadtteilschule hat diese besondere Herausforderung. Wir alle wissen doch, es waren schon Teile der Schulinspektionsberichte, ich glaube, schon unter Frau Dinges-Dierig, die immer wieder darauf hingewiesen haben, dass die Heterogenität der gymnasialen Lernklassen teilweise höher ist als die in den damals parallel laufenden Systemen, und dass das ebenfalls eine große Aufgabe in der Tat ist. Deswegen sehe ich das als eine Aufgabe für das gesamte Schulsystem. In diesem Bereich, das wissen wir alle, sind die Grundschulen ein Stück schon im Vorsprung. Die Stadtteilschulen haben sich hier auf den Weg gemacht, aber eine Schulform ist sicherlich hier auch noch gefragt, sich auf den Weg zu machen, das muss man sich noch angucken. Aber dass das ein Schwerpunkt, wenn nicht der Schwerpunkt ist der Unterrichtsentwicklung in Hamburg, ist, glaube ich, für alle Beteiligten nichts Neues. Und wir werden das auch beibehalten.

Herr Rosenboom: Darf ich noch einen kleinen Rückblick anfügen, nur, weil wir vor Bertelsmann lagen. Das ist zwar nicht wichtig, aber manchmal ist es ganz entscheidend. Wir haben in Hamburg 1999/2000, das Ergebnis der Lehrerbildungskommission, Professor Oelkers gehabt. Und das Ergebnis war: Umgang mit Heterogenität und Vielfalt ist der Schwerpunkt der Lehrerausbildung der Zukunft. Und seitdem gibt es keine Regierung mehr in Hamburg, die an diesem Schwerpunkt vorbeigegangen ist. Jetzt ist dann immer nur noch die Frage offen, wie setzt man es um?

Das habe ich eben versucht, mit dem Fortbildungsmodell zu schildern. Wir haben das damals ja als Ergebnis gehabt ohne jede Kenntnis einer Schulform, sage ich mal, sondern einfach bezogen auf die Veränderung der Schüler in ihrem Verhalten und ihrer Zusammensetzung für alle Schulformen gültig. Das war ein mustergültiger Prozess der Diskussion damals und seitdem ist das eigentlich, ich will einmal sagen, als Grundsatz enthalten. Wir haben es in jedem Modul der Ausbildung, wir haben es in jeder Ausbildungsform. Man könnte das bestimmt immer noch steigern, aber ich glaube, dass wir ziemlich weit voran sind für das, was wir brauchen. Jetzt ginge es eher darum zu sagen, macht es auch jede Schule? Also in der Ausbildung haben wir es vollständig drin; jetzt muss man gucken, macht es jede Schule?

Vorsitzender: Frau Prien.

Abg. Karin Prien: Vielen Dank. – Zunächst einmal finde ich immer diesen Versuch, Verantwortung immer auf die Vorgängerregierung zu schieben, Herr Senator, das finde ich nicht so ... Das haben Sie gemacht, weil Sie nämlich gesagt haben, wir müssen es ja jetzt finanzieren, und ihr habt euch das ausgedacht. Also, wenn ich mich richtig erinnere, Inklusion war ja auch ein Riesenanliegen von Ihnen. Sie wollten es unbedingt und sie wollten es auch unbedingt gleichzeitig mit der Einführung der Stadtteilschule. Also es ist ja nicht so gewesen, als ob Sie damals geschrien hätten "Halt, um Gottes willen, bloß das nicht tun". So war es nicht, sondern Sie haben auch dafür gestimmt, und Sie wissen auch, dass Inklusion bei der Vorgängerregierung noch unter Finanzierungsvorbehalt gestanden hat. Es hat Sie auch überhaupt niemand gezwungen, mit den Ganztagschulen so in die Fläche zu gehen. Dadurch haben Sie die Probleme heute bei GBS. Also da ist schon auch ein Stück weit Verantwortung auch in Ihrer ...

(Senator Rabe: Das Schulgesetz hat keinen Finanzierungsvorbehalt, liebe Frau Prien.)

Sie wollen mir doch nicht sagen, Herr Senator, dass das die einzige Möglichkeit gewesen wäre, Inklusion umzusetzen? Das tut mir leid, das ist einfach so nicht richtig. Ich rede jetzt einmal aus, und dann dürfen Sie auch wieder.

Mir ging es eigentlich um einen anderen Punkt, und das sind noch mal die d.23-Schulen. Auf die verweisen Sie ja gern bei der Nachfrage: Was machen wir denn eigentlich mit den Stadtteilschulen, bei denen es noch nicht so gut klappt? Wenn ich es richtig verstanden auch jetzt am Dienstag wieder bei "Schalthoff", dann sind es ja sieben der 23 Schulen, die in dem d.23 ... also sieben der 23 Schulen, die in diesem Programm gefördert und unterstützt werden, sind Stadtteilschulen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann sind zumindest knapp 30 Schulen KESS-1- und KESS-2-Schulen, wobei ich damit jetzt nicht behaupten will, dass nur die KESS-1- und KESS-2-Schulen problematisch wären, aber sie haben natürlich immer eine größere Last zu tragen, weil Sie ja zu Recht gesagt haben, das Problem mancher Stadtteilschulen ist eben auch, dass sie eben mit einer besonders schwierigen Schülerschaft auch umzugehen haben. Sieben ist ja schon ganz gut, finde ich auch toll, aber was machen Sie dann mit den anderen, und warum sind es nur diese sieben? In Wahrheit wissen wir ja, warum es diese sieben sind, nämlich weil die aus einem bestimmten Gebiet kommen, und weil die auch sehr laut geschrien haben. Ich kann noch nicht so recht erkennen, dass das Konzept, was Sie bei d.23 anwenden, wenn es denn eins ist – ich hatte ja auch in einer Anfrage mal nachgefragt, um zu verstehen, was Sie da eigentlich genau machen; Sie machen ganz verschiedene Sachen an verschiedenen Schulen –, aber so richtig ein Konzept im Sinne eines ..., das man eben übertragen könnte auf andere, das kann ich da noch nicht so richtig erkennen. Also noch einmal die Frage: Was ist Ihr Weg, um Stadtteilschulen, die sich in der Entwicklung besonders schwer tun, wirklich innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren nach vorn zu bringen? Das würde mich abschließend noch interessieren,

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Die d.23-Schulen wurden nicht nach Lautstärke ausgesucht, sondern nach der Frage, wie viele Kinder aus bildungsfernen Familien dort zur Schule gehen. Deswegen können Sie auch noch einmal abgleichen, die Lautstärke-Schulen sind nicht alle dabei und andere, die leise waren, sind sehr wohl dabei, weil wir uns hier nicht irritieren lassen in unseren Maßstäben, sondern darauf achten, dass es dort ankommt, wo es wichtig ist. Das war für uns da der Maßstab.

Die zweite Frage ist: Was machen wir für die anderen Schulen. Ich hatte eingangs darauf hingewiesen, was wir alles gemacht haben, Frau Prien. Wir haben Oberstufen auf den Weg gebracht, wir haben Ganztagschulen auf den Weg gebracht, wir haben umfassend Personal verstärkt, und wir haben darüber hinaus Initiativen zur Unterrichtsentwicklung ergriffen,

beispielsweise bei der Rechtschreibung; das haben wir gemeinsam gemacht. Wir haben bei der Begabtenförderung angesetzt, und wir haben jetzt auch bei Mathematik Schwerpunkte gesetzt.

Ich will Ihnen auch ganz offen sagen, dass ich es seltsam finde, wenn Sie sagen, da sind 20 Schulen bedürftig und müssen dringend was gemacht bekommen. Hier will ich dann doch daran erinnern, wenn wir den Maßstab derart weiten, dann müssen wir uns auch dringend um Gymnasien und Grundschulen kümmern. Wir haben uns deshalb mit Spezialmaßnahmen auf die Schulen konzentriert, von denen wir glauben, dass sie ohne den zusätzlichen Rückenwind, den das d.23-Konzept bietet, nicht auskommen. Aber die anderen Schulen – hier darf man auch einmal darauf hinweisen, darunter sind ja viele Schulen, die mit der gleichen Ressourcenausstattung eine hochprofessionelle sehr gute Schule machen –, und für deren Entwicklung haben wir doch eine ganze Reihe von Maßstäben und Möglichkeiten eingeführt. Ich will an die Schulinspektion erinnern mit ihren vielen Hinweisen, an das Konzept der Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Schulaufsichten. Ich will daran erinnern, dass wir darüber hinaus über die KERMIT-Leistungsmessung den Schulen die Möglichkeit geben, ihre eigene Leistung genauer zu evaluieren und weiterzuentwickeln und das mit einer Personalressource, die, wie gesagt, mehr als ein Drittel höher liegt als an den Gymnasien. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit diesem Konzept und mit dieser Ausstattung sehr, sehr weit kommen werden, und ich möchte jetzt nicht, dass wir für jede einzelne Schule bei den Stadtteilschulen eine Notmaßnahme für nötig befinden und sagen, da muss jetzt unbedingt eine Task-Force an die einzelne Schule gehen. Ich finde, wir dürfen auch diese Schulen ein Stück weit als normale, vernünftige und gut funktionierende Schulen betrachten, und wir sollten nicht die Hälfte dieser Schulen, wie ich eben kurz den Eindruck hatte, über den KESS-Faktor plötzlich als hochgradig schwierig und förderbedürftig abqualifizieren.

Deswegen noch mal zusammenfassend: Diese Drucksache berichtet von unseren vielfältigen Anstrengungen und unseren vielfältigen Angeboten, diese Schulen weiterzuentwickeln. Lesen Sie sich allein einmal durch, was bei dem Ganztags alles implementiert wurde. Das kann ich hier alles gar nicht aufzählen. Mir fällt ein: Young Classics, die Theateragenten, die Kulturagenten und ich weiß nicht, was alles. Das kann man doch nicht einfach weg reden und sagen, was machen Sie denn jetzt noch, sondern ich finde, hier sollten wir diesen Schulen auch einmal die Chance lassen, diese hervorragenden Möglichkeiten jetzt zu entfalten und nicht im Wochentakt für jede einzelne Schule eine neue Maßnahme zu definieren. Es gibt keine andere Schulform, die solche Möglichkeiten hat – und nutzt, das darf man ja auch nicht übersehen, und nutzt. Young Classics ist ja nur ein Beispiel für diese vielfältigen Möglichkeiten, die es da gibt.

Vorsitzender: Frau von Treuenfels.

Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels: Die eine Frage, die ich hatte, ist schon so halb und halb beantwortet. Ich möchte aber jetzt doch noch mal ... Es kommt mir immer so vor, als wenn hier Gymnasien und Stadtteilschulen irgendwie, ich will nicht unbedingt sagen gegeneinander ausgespielt werden, aber das sind doch wirklich einfach zwei verschiedene Schulformen. Warum muss es denn, wenn wir hier über Probleme, die vorhanden sind, die benannt sind, von denen wir in den Zeitungen lesen, die wir in den Schulen hören, die in der neuen Schulform Stadtteilschule Sie ja auch benennen, die Sie ja auch angehen, sonst würden Sie sie ja nicht sehen – wenn man diese Probleme benennt, warum muss es denn dann heißen, ja, also man würde die Stadtteilschulen schlecht reden und man wäre im ganz geheimen doch eigentlich mehr für die Gymnasien? Das ist doch ein Nebeneinander, und das ist mir wirklich wichtig, das mal zu betonen, auch dass Sie das mal verstehen, denn ich glaube nicht, dass dem einen oder anderen damit geholfen ist zu sagen, die Gymnasien brauchen eigentlich gar nichts mehr, die verschweigen ihre Fehler, dann machen sie es irgendwie richtig. Ich finde, das ist wirklich die völlig falsche Einstellung. Man muss an beiden Schulformen versuchen, das Bestmögliche zu verändern. Wenn Sie hier sagen, Sie hätten

so unglaublich viel auf den Weg gebracht, dann finde ich das toll, finde ich schön, dann können Sie ja zufrieden sein. Ich frage mich nur, warum die Schulleitungen, die Schüler und die Lehrer damit nicht so richtig zufrieden sind, wenn es denn alles so toll ist und wenn diese kleinen und schönen Maßnahmen denn doch alle so wirken.

Was Frau Prien gerade gesagt hat und was auch Frau Dr. von Berg gesagt hat, ist, warum von den 21 Schulen sieben – so habe ich das jedenfalls verstanden – ausgewählt worden sind mit einem Kurzprogramm, das Sie hier gerade beschrieben haben, was ich wirklich gut finde. Was machen wir denn mit dem Rest von den 21 beziehungsweise 21 minus sieben übrigbleibenden Schulen? Wird das da auch angeboten, oder werden sie später drankommen? Das war es, was ich eigentlich wissen wollte.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Ich meine, das hatte ich beantwortet.

Vorsitzender: Gut. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Dann haben wir diesen Punkt abgeschlossen, geben das entsprechend zu Protokoll und kommen zu Tagesordnungspunkt Verschiedenes.

(Zuruf)

Dazu kommen wir gleich, weil wir hier die Punkte 1 und 2 sind ja erstmal der Bericht vom Senat – der ist damit, würde ich sagen erledigt. Und das Thema innere und äußere Differenzierung, verstehen wir darunter KESS?

(Abg. Karin Prien: Darunter verstehen wir im Wesentlichen KESS, ja.)

Dann schlage ich vor, dass wir ...Frau Dinse, für die nächste Sitzung haben wir auf der Tagesordnung, glaube ich, die öffentliche Anhörung zum Thema Gymnasien. Gibt es schon weitere Punkte auf der Tagesordnung? – Noch nicht. Dann würde ich vorschlagen, dass man beim nächsten Mal das Thema innere und äußere Differenzierung noch einmal aufgreift anhand der KESS-Studie Langfassung.

Verschiedenes

Die CDU-Abgeordneten plädierten dafür, die noch bestehende Selbstbefassung zu der Thematik „Islamisten und Salafisten an Hamburger Schulen“ auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses am 4. Dezember 2014 zu setzen. Diesem Vorschlag stimmten die SPD-Abgeordneten ebenfalls zu, allerdings sollte abgewogen werden, wie lange der zuvor angesetzte Tagesordnungspunkt im Rahmen einer öffentlichen Anhörung dauern werde.

Die SPD-Abgeordneten führten aus, obwohl von den CDU-Abgeordneten angeregt, wollten sie die unter TOP 1 mitberatene Selbstbefassung „Innere und äußere Differenzierung: Erfolgreiche Unterrichtskonzepte in der Mittelstufe“ für abgeschlossen erklären, da dieses Thema erschöpfend ausgeführt worden sei. Der Ausschuss beschloss mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Abgeordneten gegen die Stimmen der Abgeordneten der Fraktion die GRÜNEN, der CDU- und FDP-Abgeordneten den Abschluss der Beratung.

Robert Heinmann i.V.
(CDU)
(Vorsitz)

Lars Holster (SPD)
(Schriftführung)

Sabine Dinse
(Sachbearbeitung)